

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 1 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.10 Pf., halbjährlich 2.20 Pf., jährlich 4.40 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1.10 Pf. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgelaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Verleger: Kurt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Sieg.

Die Wahl der Abgeordneten hat bestätigt, was die Wahl der Wahlmänner gebracht hatte. Sechs Sozialdemokraten ziehen in den preussischen Landtag ein, und die Feinde des Unrechts stehen im Lager der Gegner. Die Schranken des Privilegs, hinter dem sich seine frechen Nutznieher ganz sicher wähnten, sind überstiegen. Es sind nur sechs Abgeordnete, gerade ein halbes Duzend von 443. Aber ist die Zahl auch gering, so sind doch diese Abgeordneten von ganz ganz anderer Art als die übrigen. Der Herr Abgeordnete Träger hat einmal die Neufassung getan, als Erwählter des Dreiklassenwahlrechts dürfe er sich nicht einen Volksvertreter nennen. Nun unsere Sechs — das sind Volksvertreter. Sie haben nicht, wie die anderen durch die Privilegien geschützt, sondern trotz der Privilegien. Sie sind nicht wie die anderen Nutznieher des Privilegs, Feinde des Volkes und seines Rechts, sondern sie vertreten das Volk gegen das Privileg. Und so steht hinter dieser kleinen Zahl die ganze moralische Wucht der preussischen Arbeiterklasse. Wenn einer von ihnen das Wort ergreifen will, dann wird er im Namen der stärksten Partei in Preußen sprechen, im Namen der Partei, deren schneller Aufstieg, — das haben diese Wahlen uns wieder gezeigt, — ununterbrochen zur Höhe führt!

Die Wahl unserer Sechs ist die Kriegserklärung der preussischen Arbeiter an den preussischen Landtag. Als Kämpfer für das gleiche politische Recht sind unsere Abgeordneten in den Landtag gezogen und diesen Kampf vor allen werden sie führen müssen. So schwer und hart dieser Kampf auch ist, so kann es für sie keine Entmutigung geben; denn sie wissen, hinter ihnen steht nicht, wie hinter ihren Gegnern, das Unrecht des Privilegs und des Verfassungsbruchs, sondern die Kraft der Arbeiter und das gute Recht des preussischen Volkes auf politische Gleichheit und Mündigkeit.

Sie kommen als Feinde zu den Feinden. Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß die Besitzenden in Deutschland ohne Unterschied der Partei gewillt sind, mit Zähnen und Klauen an dem Wahlrecht festzuhalten, an der Scheidewand, die sie von dem Volke trennt, so hätte das dieser Wahlkampf gezeigt. Ruhig und gelassen haben Konservative und Zentrum den Wahlkampf führen können. Die Anstrengungen, die die Wahl zum Reichstag kosten, waren unnötig. Ihren Bedürfnissen vor allem ist das Wahlrecht auf den Leib geschrieben. Um so krampfhafter haben sich Nationalliberale und Freisinnige bemüht. Die Nationalliberalen sind die Vertreter der Plasmacherei in Industrie und Landwirtschaft und struppellose Plasmacherei ist auch bei den Wahlen ihr einziges Ziel. Etwas anderes als Mandatsjagd ist ihnen die Wahl nicht. An politischer Ehre haben sie bei dieser Wahl nichts verloren, weil sie nichts zu verlieren hatten und das politische Expresserstückchen, das sie mit der Kandidatur Leidig versuchten, ist mehr ein neuer Beweis für ihre Ungeheuerlichkeit als für ihre politische Charakterlosigkeit. Dem Freisinn aber war es vorbehalten, auch dem Ratlosen und Illusionsjüchtigen seinen politischen Grundcharakter zu entzleiern. Der deutsche Freisinn ist zu allem fähig, weil er zu nichts Freisinnigem mehr fähig ist, Verbündeter oder besser Helfershelfer und Lakai der schlimmsten Reaktion, hat er den Wahlkampf ausschließlich gegen die Anhänger des gleichen Wahlrechts, gegen die Sozialdemokratie geführt. Bei keiner anderen Partei sind die Worte so sehr Lügen wie beim Freisinn. Wie klangen seine Phrasen noch kurze Zeit vor den Wahlen, wie wollte er fechten und seine Kämpfe führen gegen alle Feinde des gleichen Wahlrechts! „Die Zwingsburg nieder!“ Und in Wirklichkeit hat er vor allem aus dem Wahlkampf eine freche und verlogene Hege gegen die Sozialdemokratie, gegen die Partei der Arbeiter gemacht. Sie haben die schmachlichsten Bündnisse mit den Konservativen in Oberbarnim und mit den Nationalliberalen an vielen anderen Orten geschlossen. Bevor sie einem Vorkämpfer des gleichen Wahlrechts ein Mandat überließen, haben sie lieber drei den konservativen Vertretern der Reaktion ausgeliefert. Mit Schmutz und Schande bedeckt lehren sie aus dem Wahlkampf zurück und können nicht einmal auf irgend einen erheblichen Gewinn hinweisen. Sie haben sich umsonst profiliert und hohnlachend prellt sie die Reaktion um das erhoffte Sündengeld. Es hat eine Zeit gegeben, wo die Arbeiter bei den Stichwahlen die Freisinnigen als Kanonensutter für die Reaktion in den Reichstag gewählt haben. Die Zeiten scheinen vorüber, aber Kanonensutter ist dieses politische Gesindel geblieben. Nur daß heute die Konservativen sie als Sturmböde gegen den Fortschritt benutzen. Ohne die Hilfe der Konservativen und Antisemiten hätten die Leutchen in Berlin noch ein viel zerschmeitenderes Niederlage erlitten. Und fast muß man es bedauern, daß es ihnen erspart geblieben ist, — es hat sich nur um eine Stimme gehandelt — im 12. Berliner Wahlbezirk den Antisemiten Ulrich gegen den Sozialdemokraten zu wählen. Gestan hätten sie es ja sicher, denn wenn Konservative den Stoch hinhalten, so springen Freisinnige folgsam darüber. Auch in Rixdorf-Schöneberg verdankt der Freisinn nur der vereinigten Reaktion den knappen Sieg über

unseren Genossen Wels. Und gerade hier zeigt sich die ganze Infamie eines Wahlsystems, das den Erwählten von sicher mehr als der Zweidrittelmehrheit des Volkes des Mandates beraubt und einen der größten Arbeiterbezirke durch einen Freisinnigen vertreten läßt, der die Stimmen aller Feinde der Arbeiterklasse auf seine Person vereinigt hat.

Das Gesamtbild, das die preussischen Landtagswahlen darbieten, ist uns Sozialdemokraten nichts Neues. Gegen den machtvollen Aufmarsch des Proletariats haben sich die Besitzenden, die in Preußen noch das böse Gewissen des Wahlunrechts zusammentreibt, wieder zu einer reaktionären Masse zusammengefunden. Und die sozialliberale Ausnahme bestätigt nur die Regel. Die Sozialdemokratie hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie überall gewillt ist, die wirklichen Anhänger des gleichen Rechts zu unterstützen. In einer ganzen Reihe von Wahlkreisen wäre es möglich gewesen, die Konservativen zu schlagen. Der Freisinn hat überall vollständig versagt, aus dem einfachen Grunde versagt, weil den freisinnigen Bourgeois der Junker tausendmal lieber ist, als der Vertreter der Arbeiter.

In diesem Wahlkampf, der ein Wahlrechtskampf war, hat es sich wieder gezeigt, daß die demokratische Entwicklung in Deutschland nur einen einzigen Träger hat, die deutsche Arbeiterklasse. Und die deutsche Arbeiterklasse hat ihre Aufgabe verstanden. Glänzend hat sie den Wahlkampf geführt und der erste Erfolg ist nicht ausgeblieben. Ihn müssen weitere, größere folgen! Dieser Erfolg ist ein Ansporn in dem Kampfe, den unsere großen Demonstrationen begonnen haben, den dieser Wahlkampf gefördert hat und den wir führen wollen mit aller Ausdauer und aller Entschlossenheit, die er erfordert wird!

Keine Ruhe in Preußen, bevor das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht oberste ist.

Die Abgeordnetenwahlen.

Sechs Sozialdemokraten gewählt.

- Berlin V: Borgmann.
- Berlin VI: Heimann.
- Berlin VII: Hirsch.
- Berlin IX: Ströbel.
- Berlin XI: Dr. Liebknecht.
- Linden: Leinert.

Groß-Berlin.

- Berlin I.**
 Schubert (soz.) 88 Stimmen
 Träger (freis.) 395 „
 Köhler (kons.) 20 „
 Gewählt Träger (freis.)
- Berlin II.**
 Müller (soz.) 107 Stimmen
 Dr. Gerschel (freis.) 314 „
 Dr. Eschenbach (kons.) 14 „
 Gewählt Dr. Gerschel (freis.)
- Berlin III.**
 Ebert (soz.) 182 Stimmen
 Kopsch (freis.) 277 „
 Gewählt Kopsch (freis.)
- Berlin IV.**
 Grunwald (soz.) 182 Stimmen
 Dr. Müller-Sagan (freis.) 278 „
 Gewählt Dr. Müller-Sagan (freis.)
- Berlin V.**
 Borgmann (soz.) 308 Stimmen
 Goldschmidt (freis.) 296 „
 Gewählt Borgmann (soz.)
- Berlin VI.**
 Heimann (soz.) 388 Stimmen
 Schulz (freis.) 322 „
 Gewählt Heimann (soz.)
- Berlin VII.**
 Hirsch (soz.) 356 Stimmen
 Dr. Weigert (freis.) 296 „
 Gewählt Hirsch (soz.)
- Berlin VIII.**
 Singer (soz.) 364 Stimmen
 Cassel (freis.) 527 „
 Gewählt Cassel (freis.)
- Berlin IX.**
 Ströbel (soz.) 390 Stimmen
 Kähler (freis.) 160 „
 Gewählt Ströbel (soz.)

- Berlin X.**
 Ledebour (soz.) 438 Stimmen
 Rosenow (freis.) 499 „
 Gewählt Rosenow (freis.)

- Berlin XI.**
 Dr. Liebknecht (soz.) 352 Stimmen
 Schöler (freis.) 115 „
 Gewählt Dr. Liebknecht (soz.)

- Berlin XII.**
 Hoffmann (soz.) 312 Stimmen
 Dr. Runze (freis.) 165 „
 Dr. Leidig (natl.) 2 „
 Ulrich (kons.) 164 „

Stichwahl zwischen Hoffmann und Runze.
Die Stichwahl im Landtagswahlkreis Berlin XII findet am 23. Juni statt.

Rixdorf-Schöneberg.

- Wels (soz.) 528 Stimmen
 Witte (soziall.) 344 „
 Reinbacher (freis.) 35 „
 Voigt (natl.) 35 „
 Eckert (kons.) 187 „

Stichwahl zwischen Wels (soz.) und Reinbacher (freis.).
 Stichwahl: Gewählt Reinbacher (freis.)

Charlottenburg.

- Hirsch (soz.) 197 Stimmen
 Dr. v. Liszt (freis.) 590 „
 Dr. Karsten (natl.) 1 „
 Rarch (kons.) 49 „
 Gewählt Dr. v. Liszt (freis.)

Teltow-Beeskow-Storkow.

- 1. Wahlgang.**
 Bernstein (soz.) 402 Stimmen
 Dr. Breitscheid (soziall.) 390 „
 Dr. Lubenthal (freis.) 482 „
 Dr. Diepmann (natl.) 482 „
 Felsch (kons.) 618 „
 Hammer (kons.) 618 „
 Stichwahl zwischen Hammer und Felsch (kons.) und Dr. Lubenthal (freis.) und Dr. Diepmann (natl.)

- 2. Wahlgang.**
 In der Stichwahl erhielten:
 Felsch (kons.) 612 Stimmen
 Hammer (kons.) 612 „
 Dr. Lubenthal (freis.) 481 „
 Dr. Diepmann (natl.) 481 „
 Gewählt Felsch (kons.) und Hammer (kons.)

Ober- und Niederbarnim.

- b. Treßlow (kons.) 1034 Stimmen
 Zietzen (freikons.) 1034 „
 Dr. Schepp (freis.) 1034 „
 Stadthagen (soz.) 571 „
 Bruns (soz.) 571 „
 Jacobsen (soz.) 571 „
 Nationalliberale 122 „
 Sozialliberale 14 „
 Gewählt b. Treßlow (kons.), Zietzen (freikons.) und Dr. Schepp (freis.)

Hannover-Linden.

- Leinert (soz.) 228 Stimmen
 Vogt (natl.) 178 „
 Gewählt Leinert (soz.)

Provinzwahlkreise, in denen die Sozialdemokratie in die Stichwahl kam:

Frankfurt a. Main (Land)-Obertaunuskreis.

- 1. Wahlgang.**
 Rudolph (soz.) 73 Stimmen
 (darunter 9 Zentrumsstimmen)
 v. Wilow (natl.) 116 Stimmen
 Goll (freis.) 61 „
 v. Stumpf-Brentano (Zentr.) 39 „
 Stichwahl zwischen Rudolph (soz.) und v. Wilow (kons.)
- 2. Wahlgang.**
 Rudolph (soz.) 98 Stimmen
 v. Wilow (natl.) 146 „
 Gewählt v. Wilow (natl.).
 Von den freisinnigen stimmten 30 für v. Wilow, 9 für Rudolph, 22 enthielten sich der Abstimmung.
- Ebersfeld.** 1. Wahlgang: Vereinigte Liberale 544, Sozialdemokraten 352, Konservative 235 Stimmen.
 2. Wahlgang: Vereinigte Liberale 723, Sozialdemokraten 351 Stimmen.
 Gewählt die beiden liberalen Kandidaten.
- Niel Stadt, Bordesbom-Kemmnitzer:**
 Im zweiten Wahlgang erhielten Adler (soz.) 278, Goll (Nat. Vg.) 505 Stimmen.
 Gewählt: Goll (Nat. Vg.)

Altena. 1. Wahlgang: Wurm (Soz.) 234, Waldstein (Frf. Vg.) 177, Mend (natl.) 80, Schmarje (L.) 68 Stimmen.
2. Wahlgang: Wurm (Soz.) 234, Waldstein (Frf. Vg.) 307 Stimmen.
Gewählt Waldstein (Frf. Vg.).

Wandsbel-Stormarn. 1. Wahlgang: Rosblyti (Soz.) 127, b. Bonin (Konf.) 169, Spröbel (lib.) 74 Stimmen.
2. Wahlgang: Rosblyti (Soz.) 127, b. Bonin (Konf.) 218 Stimmen, 24 Liberale enthielten sich der Abstimmung, 1 Liberaler stimmte für Rosblyti, 49 Liberale für b. Bonin.
Gewählt b. Bonin (Konf.).

Wahlkreise mit größeren sozialdemokratischen Wahlmännerzahlen.

Horbürg: Müller (Soz.) 190, Just (natl.) 222, Herz (freif.) 88 Stimmen.
Just (natl.) gewählt.

Hannover Stadt: Gewählt Fink (natl.) und Kening (natl.) mit je 672 Stimmen. Vreh (Soz.) und Schrader (Soz.) erhielten je 268 Stimmen.

Magdeburg (Stadt): Gewählt Juchowicz (natl.) mit 650 St. und Schiffer (natl.) mit 650 St. Es erhielten Parteisekretär Pfannkuch (Soz.) 209 St. und Gewerkschaftssekretär Weims (Soz.) 209 St.

Reitmann: Gewählt Dr. v. Böttinger (natl.) mit 312 St. Es erhielt Genossenschafts-Geschäftsführer Großhrend (Soz.) 63 St.

Rassel-Stadt: Gewählt Dr. Schröder (natl.) mit 373 Stimmen. Es erhielt Stadtv. Thöne (Soz.) 80 Stimmen.

Breslau-Stadt: Gewählt Stroffer (L.), Wagner (Ff.) mit je 844, Niesche (F.) mit 843 Stimmen; außerdem erhielten Gericch (Frf.), Kapusie (Frf.) je 479, Wüsch (natl.) 490, Löbe (Soz.), Neuwirth (Soz.) je 308, Schütz (Soz.) 309 Stimmen.

Magdeburg-Wanzleben: Gewählt v. Roge (L.) mit 183 Stimmen. Schulze (natl.) erhielt 83, Silbermann (Soz.) 85 Stimmen.

Wiesbaden-Land-Höchst: Gewählt Bürgermeister a. D. Wolff (natl.) mit 282 Stimmen. Es erhielten Hahnlein (F.) 77 Stimmen, Dittmann (Soz.) 68, Dienstbach (Frf.) 18 Stimmen.

Westhavelland-Brandenburg: Gewählt Brandenstein (Konf.) mit 395, Graf Wredow (Konf.), Reichenhain (Konf.) mit 386 Stimmen. Es erhielten Mehl (Frf.) 228, Thiede (freif.) 227, Pasche (freif.) 226, Sydow (Soz.), Müller (Soz.), Schmidt (Soz.) je 186 Stimmen.

Lenne-Remscheid: Gewählt: Friedberg (natl.), Fiedhoff (Frf. Vp.) mit je 636, Gottschall (natl.) mit 635 Stimmen. Es erhielten: Scheidemann (Soz.), Hildebrandt (Soz.), Schaal (Soz.) je 398 Stimmen.

Frankfurt a. M. Stadt: Gewählt Fund (Frf. Vp.) mit 653 und Niesch (Frf. Vp.) mit 651 Stimmen. Es erhielten Quard (Soz.) und Huetmann (Soz.) je 278 Stimmen.

Wahlkreise mit geringeren sozialdemokratischen Wahlmännerzahlen.

Osthavelland, Spandau (Stadt): Gewählt Lüdicke (freif.) mit 418 Stimmen. Es erhielten Sobornheim (freif.) 69 Stimmen, Dr. Dieblich (Soz.) 81 Stimmen.

Kordhausen (Stadt): Gewählt Dr. Wiemer (Frf. Vp.) mit 193 Stimmen. Es erhielten Kammerherr v. Wila (L.) 98 Stimmen, Geschäftsführer Wilsch (Soz.) 20 Stimmen.

Walmirsdorf-Neuhaldensleben: Gewählt Voeder (freif.) mit 379 und Mahardt (L.) mit 379 Stimmen. Es erhielten Ritzsch (Soz.) 40, Ludwig (Soz.) 40 Stimmen.

Jerichow II.: Gewählt v. Wole und Wulffen (L.) mit je 312 Stimmen. Es erhielten Haupt (Soz.) und Raturbe (Soz.) je 62 Stimmen.

Ruppin-Tempin: Gewählt v. Quast (Konf.) und Dietrich (Konf.) mit je 339 Stimmen. Es erhielten Wille (natl.) und Böllmann (Frf. Volksp.) je 34, Nebel (Soz.) und Richter (Soz.) je 10 Stimmen.

Elbing-Marienburg: Gewählt v. Oldenburg (Konf.) und Krieger (Konf.) mit je 459 Stimmen. Außerdem erhielten Crispian (Soz.) und Bartels (Soz.) je 26 Stimmen.

Ohan, Bries: Gewählt Rade (Konf.), Schaub (freif.) mit je 373 Stimmen. Es erhielten Schütz (Soz.), Scholich (Soz.) je 84 Stimmen.

Ostberg, Stenbal: Gewählt v. Jagow (L.) mit 252 Stimmen und Reiche (L.) mit 252 Stimmen. Es erhielten Reip (natl.) 153 Stimmen, Fuhrmann (natl.) 154 Stimmen, Weder (Soz.) und Rosenbruch (Soz.) je 29 Stimmen.

Rindow-Lübbek: Gewählt Sütkemper (L.) mit 330 Stimmen und Seiermann (L.) mit 329 Stimmen. Es erhielten Schneidermeister Rathert (Frf. Vp.) 164 Stimmen und Gewerkschaftssekretär Wuse (Soz.) 27 Stimmen. Die übrigen zerstückelt.

Wahlkreise des Ruhrreviers,

in denen zum Teil die Sozialdemokratie mit dem Zentrum gegen die Nationalliberalen ging.

Essen (Stadt): Gewählt Dr. Sell (F.) mit 697 St. Es erhielt Handelskammersekretär Hirsch (natl.) 252 Stimmen.

Essen (Land): Gewählt Arbeitersekretär Sieberts (F.) mit 619 St. Es erhielt Fabrikant Guffmann (natl.) 186 Stimmen.

Bochum Stadt und Land: Gewählt Bartscher (F.) mit 637 Stimmen. Es erhielt Gerlein (natl.) 441 Stimmen. (Die Sozialdemokraten stimmten für das Zentrum.)

Dortmund (Stadt): Gewählt Schmieding (natl.) mit 341 Stimmen. Es erhielten Stadtverordneter Wilsch (F.) 237, Maurer Rahl (Soz.) 69 Stimmen.

Dortmund (Land): Gewählt Arbeitersekretär Gronowski (F.) mit 373 Stimmen. Es erhielt Rechtsanwalt Dr. Trauer (natl.) 212 Stimmen.

Das Gesamt-Ergebnis.

Bis Dienstag 1/12 Uhr abends waren beim Wolffschen Telegraphenbureau die Wahlen von 436 Abgeordneten bekannt. Diese verteilten sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen: 150 Konservative, 59 Freikonservative, 63 Nationalliberale, 26 freisinnige Volkspartei, 8 freisinnige Vereinigung, 105 Zentrum, 15 Polen, 6 Sozialdemokraten, 2 Dänen, 3 Fraktionslose.

Die Angaben sind noch unvollständig. Fest steht, daß die Nationalliberalen erhebliche Einbuße erleiden. Das Zentrum gewinnt im Ruhrrevier mehrere Mandate, zum Teil durch die Hilfe der Sozialdemokratie.

Freiinn und Beamtenschaft.

Daß man bei den Vertretern des Bloßfreisinn jede Vergeßlichkeit liberaler Grundsätze und sozialen Strebens voraussetzen darf, dafür haben die letzten Wochen genügend Beispiele gebracht. Es kann deshalb auch nicht wundernehmen, daß die Knebelung der technischen Beamten und ihrer Organisationen durch das industrielle Ueberherrnment den Bloßfreisinn sehr lähl lasse. Die „Freisinnige Ztg.“ leistet sich einen die Angestellten höhnenenden Erguß, in dem es u. a. heißt:

„Er — der „Vortwärts“ — phantasiert davon, daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung die Angestellten proletarisieren, während in Wirklichkeit die Sache gerade umgekehrt ist. Unter der heutigen Gesellschaftsordnung ist erst mit der Entwicklung von Handel und Industrie die Möglichkeit geschaffen worden für die Bildung des Standes der technischen Angestellten. Es handelt sich nicht um die Proletarisierung bisher selbständiger Existenzen, wie der „Vortwärts“ glauben machen möchte, sondern um die Bildung einer neuen Bevölkerungsschicht, die sich in erfreulich aufsteigender Linie bewegt.“

Von der „erfreulich aufsteigenden Linie“ erzählt folgende Zujchrift, die uns von einem Ingenieur zugeht. Der Mann schreibt:

Die Teuerung und das Einkommen der Privatbeamten.

„Nachdem Staat und Kommune zu den Teuerungszulagen ihrer Beamten Stellung genommen haben und diese Zulagen auch seitens der Volkstretreter warm befürwortet wurden, erscheint es an der Zeit, auch die Lage der Privatbeamten zu erörtern, die diese Teuerungszulagen zum großen Teil durch erhöhte Steuern aufbringen müssen, deren Einkommen jedoch nicht erhöht, ja in vielen Fällen sogar mit Rücksicht auf den schlechten Geschäftsgang herabgesetzt worden ist.“

So hat z. B. eine Maschinenfabrik-Aktiengesellschaft bisher an ihre Angestellten jährlich eine Lantieme verteilt. — Auch für dieses Jahr haben die Angestellten darauf gerechnet, zumal die Besoldungen nicht gerade glänzende sind und bei der anhaltenden Teuerung jeder noch so geringe Betrag willkommen gewesen wäre. — Doch sollten die Angestellten bitter enttäuscht werden. — Der bewilligte Betrag (5200 M.) wurde an die vier höchstbesoldeten Beamten der Firma verteilt; die wirklich arbeitenden Techniker und Kaufleute gingen leer aus! Daß auf diese Weise die Arbeitsfreudigkeit der Angestellten angespornt wird, darf man wohl nicht erwarten. Doch steht die Direktion der Gesellschaft scheinbar auf dem Standpunkte, daß das Geschäftsinteresse durch scharfe Kontrolle und durch Androhung von Entlassungen den Beamten eingebildet werden kann.

Es ist angeordnet, daß sämtliche Angestellten, mit Ausnahme der Profuristen, vor Beginn ihres Dienstes sich in ein ausliegendes Buch einzutragen haben. — Mit dem Glodenschlage wird das Buch weggenommen und wer nicht eingetragen ist, bekommt eine schlechte Note. Einen Beamten, der schon viele Jahre bei der Firma zur vollen Zufriedenheit beschäftigt war und der auch einmal zu spät kam, wollte der gestrenge Herr Direktor auf der Stelle entlassen und ihm sein Gehalt nur bis zum Entlassungstage auszahlen. — Nachdem er aber befehlet wurde, daß der betreffende Beamte Anrecht auf gesetzliche Rändigung hat, änderte er die Maßregelung dahin, daß der Verbrecher zum 1. Oktober seine Stellung zu verlassen hat. —

Die Angestellten veruchten gegen die Arbeitskontrolle zu opponieren, doch wurde ihnen eröffnet, daß jeder, der sich weigert, sich in das Buch einzutragen, seine sofortige Entlassung zu gewärtigen hat und daß diese Maßregel durchgeführt wird und wenn sie der Firma laufende Kosten sollte.

Der Kot gehorcht, entschlossen sich die Beamten, sich der Demütigung zu unterziehen. —

Besteurend an der ganzen Sache ist, daß die Firma zur Durchführung einer solchen Schruße, die ihr nicht den geringsten Vorteil bringt, Laufende zur Verfügung hat, für die Lantimen, welche die Beamten zu beanspruchen haben, jedoch kein Geld vorhanden ist.

Während also der Staats- und Kommunalbeamte aus seiner Stellung nur bei sehr großem Verschulden entfernt werden kann, ihm außer Wohnungsgeld und diversen Nebenbeglügen noch die Teuerungszulage in Aussicht steht, wird dem Privatbeamten sein Einkommen gekürzt, er muß aber höhere Steuern zahlen und hat bei der geringsten Kleinigkeit, wenn er, auch ohne Absicht, den Unwillen des Direktors erregt, die sofortige Entlassung bezu. Rändigung zu gewärtigen.“

Wisher haben sich die Beamten auf die liberalen Parteien verlassen, nun gehen ihnen die Augen über. Nachdrückliche Unterstützung finden sie — wie alle Ausgebeuteten — nur bei der Sozialdemokratie.

Zur politischen Lage in Sachlen.

Der Landtag ist nach fast neunmonatigem Weisammensein bis zum Herbst vertagt worden, wo er noch eine größere Anzahl halbjähriger Gesetzesvorlagen erledigen soll. Seit Mitte der 60er Jahre, wo das Bürgerliche Gesetzbuch und andere große Gesetze beraten wurden, ist eine Landtagstagung von solcher Dauer in Sachlen nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Die Ursache der Verzögerung ist in erster Linie in dem Wahlrechtsjammern zu suchen, womit 6 Monate kostbarer Zeit schließlich nutzlos verdrückt worden sind. In zweiter Linie war der Grund der langen Tagung die Neuregelung der Beamtenbesoldung, die von den um die Beamtenpunkt um die Wette luhenden Dreiklassenmännern in der Weise durchgebrückt wurde, daß sie noch in dieser Session erledigt werden sollte. Dadurch wurde die Staatsberatung außerordentlich erschwert. Sie ist allerdings vorläufig mit Ach und Krach nach einer großen Debe, wobei es über Hals und Kopf ging, und eine ordentliche Beratung nicht mehr möglich war, zu Ende geführt worden. Die Beamtenbesoldung macht aber einen Ergänzungsetat nötig, durch den fast der ganze Etat im Herbst wieder umgedreht werden muß.

Durch die Besoldungsvorlage haben die Staatsbeamten Zulagen von 7 bis 18 Proz. erreicht. Ein Mehraufwand von 18 Millionen Mark ist dadurch nötig geworden. Das ist der vierte Teil des gesamten Einkommensteuereintrages. Zur Deckung der Mehraufgaben soll eine Erhöhung der Stempelsteuer durchgeführt werden, die 2 bis 3 Millionen Mark bringen soll. Woher die übrigen Millionen kommen sollen, weiß der Finanzminister, der gewaltig über die Mehraufgabe lamentiert und mehrfach den Staatsbankrott an die Wand gemalt hat, angeblich selbst noch nicht.

Neben den Staatsbeamten haben auch die Volksschullehrer Gehaltzulagen erhalten. Die Anfangsgehälter sind für ständige Lehrer von 1200 M. auf 1500 M., die nach 24 Jahren zu erreichenden Endgehälter von 2100 M. auf 3000 M. erhöht worden, außerdem soll freie Wohnung, wie bisher, gewährt werden. Diese Gehalte sind Mindestsätze, die nach Belieben erhöht werden können. Von den Gehaltzulagen der Lehrer hat der Staat nur einen kleinen Teil übernommen, die weitaus größte Mehraufgabe fällt den Gemeinden zur Last. — Die Gehälter der Geistlichen sind zu Kosten der Staatskasse ebenfalls erhöht worden, und zwar das Grundgehalt von 2400 M. auf 2800 M., die Höchstgehälter von 5400 M. auf 6000 M. Dem Staate erwächst dadurch eine weitere Mehraufgabe von jährlich 504.000 M. Auch diese Gehälter sind nur Mindestsätze.

Außer diesen Gehaltsregulierungen hat der verlagte Landtag wenig positive Arbeit geleistet. Von den größeren Gesetzesvorlagen ist keine erledigt worden. Ein Kirchen- und Schulsteuergesetz ist noch nicht einmal in einer Deputation vorberaten. Größeres Interesse rief das Wassergesetz, das bereits

den vorigen Landtag und eine Ausschussdeputation beschäftigt hat. Die Regierung erstrebte durch ihren Wassergesetzentwurf eine einheitliche Regelung der Benutzung stichender Gewässer und eine generelle Maßnahme zur Verhütung des Mißbrauchs und gegen die übermäßige Verunreinigung. Ferner sollte der Gemeinden die Wasserbeschaffung erleichtert werden, wozu besonders eine Enteisung von Quellengebieten vorgesehen war. Gegen diese Vorlagen liefen in erster Linie die Agrarkonservativen Sturm. Von dem „Wassersozialismus“ der Regierungsvorlage wollten sie absolut nichts wissen. Nicht nach öffentlich rechtlichen, sondern nach privatrechtlichen Gesichtspunkten wollten sie die Wasserbenutzung geregelt wissen! Mit anderen Worten: Die agrarischen und industriellen Interessenten wollten sich das Recht sichern, aus Gewinnrücksichten das stichende Wasser nach Belieben mißbrauchen und verschmutzen zu können! Was sie anstrebten, ist ihnen zum größten Teile auch gelungen! Noch in der Schlussberatung brachten die Agrarier das Enteignungsrecht für Quellengebiete zu Fall und schnitten damit den Gemeinden die Möglichkeit ab, sich auf dem Wege der Enteignung das nötige Trinkwasser zu beschaffen. Die Agrarier wollten die Kollage der Gemeinden, den Wassermangel benutzen, sich ihre Quellen mit Gold aufwiegen zu lassen.

Das weitaus größte Interesse rief natürlich die Wahlrechtsreform nach. Wie schon angedeutet, hat man trotz monatelangen Hin- und Hergerrens nichts zu Wege gebracht. Die Regierungsvorlage, die die Hälfte der 82 Abgeordneten durch Pluralwahlen (zwei Zuschlagstimmen) mit Proporz, die andere durch kommunale Körperschaften wählen lassen wollte, ist einfach beiseite geschoben worden. Auch einen Vermittlungsvorschlag der Regierung, die Kommunalvertreter auf ein Drittel bis ein Viertel der Vertreter zu begrenzen, ließ man links liegen. Dafür haute man einen Kompromißvorschlag zusammen, wonach ein Pluralwahlrecht mit drei Zuschlagstimmen eingeführt werden soll, und zwar derart, daß eine Vertretung der Arbeiterchaft so gut wie ausgeschlossen erscheint. Bei diesem schmachlichen Wahlrechtsschacher liegen sich jede der bürgerlichen Parteien nur von angedrängten Parteifunktionären leiten, vor allem war es jedem der Wahlrechtsschacher darum zu tun, das eigene Mandat zu sichern!

Aber auch diese traurige Wahlrechtsmache wurde zu Wasser. Die Regierung will nun auch davon nichts wissen. Sie fordert vor allem eine Einigung über die Wahlkreiseinteilung, lehnt es aber ab, selbst eine solche vorzuschlagen. Doch hat ein Geheimrat zugefagt, auf eigene Hand eine solche herzustellen zu wollen.

Inzwischen hat ein Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die sächsischen Konservativen, die Hauptmacher des Kompromisses, in große Erregung versetzt. Es wird darin diesen Reaktionen unverbümt gesagt, daß sie sich bei der Wahlrechtsreform hätten nur vom Parteiegosmus leiten lassen, die ganze Kompromißmobbie nur zum Schein aufgeführt hätten, während sie jede Wahlrechtsreform hätten hintertreiben wollen. Die also Entlarvten vermuten, wahrscheinlich nicht mit Unrecht, daß das Ministerium Hohenhof dem Artikel sehr nahe steht.

Es ist somit die Situation in der Frage der Wahlrechtsreform verworrener denn zuvor. Alles spricht dafür, daß auch in der Herbsttagung nichts zustande kommt. Für den Grafen Hohenhof, den Minister des Innern, bleibe in diesem Falle, will er seinem Versprechen treu bleiben, nichts weiter übrig, als die Landtagsauflösung oder den Rücktritt. Ein zweites Ergebnis ausgeschlossen, wenn er als Minister noch ernst genommen werden will. Nach dem bisherigen Verhalten der Regierung kann man aber dem Ministerium Hohenhof sozial Konsequenz und Entschiedenheit nicht zutrauen. Die einzige Möglichkeit, etwas in der Wahlrechtsreform zu erreichen, könnte nur durch eine mächtige Protestbewegung des entrechteten Volkes gegeben werden. Nun voraussichtlich wird die merkliche Bevölkerung Sachlens im Herbst ihre Schuldigkeit tun, und dafür sorgen, daß der Karren der Wahlrechtsreform nicht in dem Sumpfe stecken bleibt, wohin ihn die nationalliberalen und konservativen Wahlrechtsschacher gebracht haben, um auch fernherhin hinter den Dämmen des jetzigen Wahlsystems ihr Untergang zu können.

Ein Jahr des Staatsstreiches.

(18. Juni 1907 — 18. Juni 1908.)

Am 18. Juni 1907 wurde laut Befehl des Zaren die zweite Duma aufgelöst, die sozialdemokratische Fraktion verhaftet und ein neues Wahlgesetz oktroyiert, das die Volksvertretung den Junkern und Kapitalisten ausliefernte. Durch einen frechen Staatsstreich wurde das Volk um den größten Teil seiner politischen Rechte geprellt.

Der Staatsstreich des Zaren war ein Verbrechen. Die Artikel 86 und 87 der Grundgesetze verboten ungewöhnlich die Abänderung des Wahlgesetzes ohne Zustimmung der Reichsduma. Der Zar setzte sich über dieses Verbot hinweg, indem er in seinem Manifest erklärte, daß „nur der Macht, welche das erste Wahlgesetz geschenkt hatte, der historischen Macht des russischen Zaren, das Recht zustehe, dieses Gesetz abzuändern und durch ein neues zu ersetzen.“ Die „Kowloje Wremja“ zog die Konsequenzen aus diesen Worten des Zaren und erklärte, daß nicht konstitutionelle Fiktionen, sondern „reale Machtverhältnisse“ ausschlaggebend seien. Höhnisch fügte sie hinzu, daß „Gesetze dazu da seien, um verletzt zu werden.“ Gestützt auf das Junkertum, das seit Jahre und Tag zum Staatsstreich drängte, und der wohlwollenden Neutralität des Großbürgertums benuzt, machte Nikolaus II. nicht einmal den Versuch, sein Verbrechen zu beschönigen, sondern appellierte an die „unumschränkte Gewalt“ des Selbstherrschers als an die einzige ausschlaggebende Instanz.

Der 18. Juni bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte des „konstitutionellen“ Rußlands. Der Zar wagte es nicht, dem Drängen der Ehrstufen nachzugeben, und die Duma endgültig zu vernichten. Er machte sie „unschädlich“, indem er den Oktobristen und Rechtsparteien die Majorität in den Wahlmännerversammlungen verschaffte und sich so eine gefügige Duma zusammenschloß, die sich zu jeder Schandtat bereit zeigte. Die Stätte, wo die Regierung bis dahin nur Niederlagen erlitt und die Minister mit Schimpf und Schande davongejagt wurden, wurde nun zum Schauplatz „patriotischer“ Triumphe und zum Ausgangspunkt einer ganzen Reihe reaktionärer Maßnahmen, die die Regierung mit der „moralischen Unterstützung“ der Bloßfreier unternahm. Unfähig, an die Lösung der grundlegenden Fragen des russischen Lebens zu schreiten, sah die oktobristische Duma ihre Hauptaufgabe im Kampfe gegen die Revolution, in der Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände, in der Unterdrückung der nichtrussischen Nationen und vor allem — in der Unterstützung der mit neuer Macht eingesetzten imperialistischen Regierungspolitik. Die führende Dumapartei war sich darüber einig, daß die herrschenden Zustände umgestaltet werden müßten. Der Kern ihrer Bestrebungen lag darauf hinaus, die ökonomische und politische Exploitation der „nationalen Machtställe“ als Hebel für die weitere Entwicklung des russischen Kapitalismus zu benutzen. Die erste Bedingung war aber, daß die Grundzüge des alten Regimes — die politische Rechtslosigkeit der Volksmassen und die ökonomische Abhängigkeit des Bauerntums vom Großgrundbesitz — aufrecht erhalten werde. Daher die fanatische Verteidigung der Vikijuziz

und der Ausnahmegeetze, daher die oktobristischen Gesetzesprojekte, die nach den Worten der „Kotwoje Wremja“ schlimmer sind als die „Ärgste Willkür“, daher die Sanktionierung der Repressalien gegen die Arbeiterorganisationen und die völlige Ignorierung der Agrarfrage, daher aber auch die Angriffe der Dumasmajorität gegen die Regierung in solchen Fragen, die die äußere Stärke des Landes betreffen. Die Bewilligung der Annullation, die Verweigerung der Fiktionskredite, die Kritik der Großrentenwirtschaft in der Armee — in all diesen Fragen war die Duma durchaus konsequent. Die Duma des Staatsreiches befragt, um die Aufmerksamkeit von den inneren Angelegenheiten abzuwenden, eine aggressive äußere Politik, denn den großen Problemen des Staatslebens, der Agrarfrage, der Arbeiterfrage, der Rationalitätsfrage usw. steht sie ebenso ohnmächtig gegenüber wie die Selbstherrschafft.

Das sind die politischen Ergebnisse des Staatsreiches, soweit sie sich im Brennpunkt des politischen Lebens, in der Reichsduma widerspiegeln. Was der Gewaltstreik vom 16. Juni dem Volke gebracht hat, ist aus folgenden Zahlen ersichtlich: Es wurden während des verfloffenen Jahres von den Kriegsgerichten zum Tode verurteilt 2293 Personen, und hingerichtet 904 Personen (während der Session der dritten Duma stieg die Exekutionstätigkeit der Kriegsgerichte um 70 Proz. und die Zahl der Hinrichtungen um 35 Proz.), tausende von Personen wurden zur Zwangsarbeit und Zuchthausstrafe „begnadigt“; die Zahl der nach Sibirien Deportierten stieg auf Grund von Gerichtsurteilen um 35 Proz., und auf Grund administrativer Verfügungen um 68 Proz. (die Gesamtzahl der Deportierten in Sibirien belief sich am 1. Januar 1908 auf 74275); endlich wurden auf administrativem Wege (bloß bis zum 1. April) 81 Gewerkschaften und 41 Gewerkschaftsblätter unterdrückt. Hinzufragen wäre noch, daß kein einziges Gouvernament des europäischen Rußlands von irgend einer Art des Ausnahmezustandes frei blieb (von insgesamt 661 Kreisen wurden bloß 26 auf Grund der „gewöhnlichen“ Vollmachten der Administration regiert) und daß über ein Sechstel des gesamten europäischen Rußlands der Kriegszustand verhängt war. Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß gegenwärtig 150 000 Personen — oder 40 000 Personen mehr als die russischen Gefangnisse überhaupt fassen können — im Kerker schmachten, wo sie allen Schrecknissen, beginnend mit den Rigoer und Astrachaner Folterungen bis zum Plecththysus und Storbis ausgelegt sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Juni 1908.

Die Kaiserrede.

Die Äußerungen des Kaisers werden heute dementiert. Das ist sehr vernünftig. Zwar ist es nur das kleine Dementi des Scherl- und nicht das große des Bülowblattes. Aber da diese noch mehr diskreditiert sind, genügt wohl auch diese Verleugnung.

Noch erfreulicher ist, daß man im Auslande sich an solche Blödsinnigkeiten gewöhnt hat und sie mit Kühle und Gelassenheit aufnimmt. Die französischen Blätter begnügen sich mit der Konstatierung, daß die offizielle deutsche Politik momentan keinen Anlaß zur Verurteilung gebe. Nicht mit Unrecht spricht der „Figaro“ von „Soldatenberedsamkeit“. Im übrigen erklären sie, daß die Lage durchaus friedlich sei. Doch ist nicht zu verkennen, daß die Kaiserworte auch diesmal, wie schon ähnlich bei früheren Gelegenheiten, die Partei der Kriegsrüstungen und Flottenvermehrungen im Auslande unterstützen. Sicher sind solche Äußerungen auch kein geeignetes Mittel, die Bestmächte von ihrer Bündnispolitik abzubringen. Deswegen wäre es ein für allemal besser, wenn solche Worte nicht erst dementiert zu werden brauchten.

Daß aber private Äußerungen des deutschen Kaisers politische Bedeutung haben, ist eben nur der Ausfluß des absolutistischen Systems in unserer auswärtigen Politik. Das englische Parlament kann fast in jedem Augenblick die ihm notwendigen Informationen über auswärtige Politik erlangen und diese beeinflussen. Das deutsche Parlament ist schon deswegen einflußlos, weil es während des größten Teils des Jahres überhaupt nicht vorhanden ist. Während der deutsche Reichstag bereits kurz nach Ostern vertagt wurde und bis tief in den Spätherbst hinein sich nicht versammelt wird, tagen alle anderen großen Parlamente von der russischen Duma bis zum Haus der Gemeinen. Der Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten ist vollends eine lächerliche Fiktion, auf den wirklichen Gang der Ereignisse noch viel einflußloser als der Kanzler und das Auswärtige Amt. Die auswärtige Politik behält sich der Kaiser immer mehr als seine eigene Angelegenheit vor.

Eben wieder kommt eine Nachricht aus London, in der das deutlich zutage tritt. Danach wären zwischen dem deutschen Kaiser und dem türkischen Sultan mehrere persönliche Briefe ausgetauscht worden. Der Kaiser wolle im September nach Konstantinopel reisen, und man sei in diplomatischen Kreisen der Ansicht, daß der Kaiser den Wunsch habe, die Türkei an den Dreibund anzuschließen. Persönliche Briefe, eine Reise, der Wunsch des Kaisers, — es ist dieses rein persönliche Vorworteten des Kaisers, welches unsere auswärtige Politik charakterisiert.

Nach ist es unnötig, diesen neuesten Plan zu kritisieren. Der Anschluß der Türkei an den Dreibund würde diesen nicht stärken, sondern ihn mit einer Verantwortung belasten, die ihn schließlich sprengen müßte. Für Deutschland bedeutete dies die Übernahme der Verantwortung für ein völlig zerstücktes, zu jeder Reform unfähiges, von inneren Unruhen zerrissenes Reich. Deutschland würde damit zugleich in den allerhöchsten Gegensatz zu England, Frankreich, Rußland und Italien treten. Wir wollen gerne zugeben, daß die Nachricht unwahrscheinlich ist. Aber was ist bei dem Charakter unserer auswärtigen Politik noch unwahrscheinlich?

Der Staatssekretär des Innern auf dem Verusgenossenschaftstage.

Gestern wurde der 22. ordentliche Verusgenossenschaftstag in Kiel eröffnet. An den Beratungen nahm — im Gegensatz zum Krankenliefenkonferenz — eine große Anzahl Regierungsbeamter teil. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg trat in seiner Begrüßungsrede als sich entschuldigender Angelloster auf. Er gab seinem Bedauern Ausdruck über die ablehnende Haltung, welche auch die Verusgenossenschaften den augenblicklich den Ausschüssen des Bundesrats vorliegenden Entwürfen über die Einrichtung der Arbeitskammern gegenüber eingenommen haben und kam dann auf die Erregung zu sprechen, welche die in der Presse veröffentlichten Nachrichten über Arbeiterversicherungs-Reformpläne der Reichsregierung hervorgerufen hat. Diese auf einer groben Indiskretion beruhenden Nachrichten seien insofern falsch, als die

erwähnten Pläne noch gar keine feste Form angenommen hätten. Der Staatssekretär hat dann die hochwährenden Herren um gut Wetter: erzollte der Wirklichkeit der Verusgenossenschaften volle Anerkennung und sprach die Hoffnung aus, daß bei der in Aussicht genommenen Reform ein Zusammenwirken zum allgemeinen Wohle führen werde. Doch die Verusgenossenschaftler ließen nicht locker. Der Vorsitzende (Architekt Gerhardt-Eberfeld) wies auf die Erregung hin, die durch die Zeitungsnachrichten entstanden sei, wonach eine Reform der einzelnen Versicherungsgesetze dahin geplant sei, daß den Verusgenossenschaften das Recht, als erste Instanz Entscheidungen festzusetzen, genommen und dasselbe auf Lokaleinrichtungen übertragen werden soll. In der darauffolgenden Debatte gab Zimmermann Nieh-Braunschweig dem Wunsche Ausdruck, daß die Verusgenossenschaften gehört werden, bevor der in Frage stehende Entwurf an den Bundesrat gelange. Die Versammlung schloß sich dem an und beauftragte den geschäftsführenden Ausschuß, auch die vom Vorsitzenden zur Reform der Versicherungsgesetze gemachten Ausführungen zur Kenntnis der einzelnen Staaten zu bringen.

Demnach sind die Verusgenossenschaften in offiziellster Weise über die Reform der Versicherungsgesetzgebung gehört — den Arbeitern sind auch nicht einmal die Pläne der Regierung bekannt gegeben. Die in den Verusgenossenschaften vereinigten Schaffmacher fühlen sich danach mit Recht als die Herren und betrachten die Minister als ihre Handlanger, die das Ministerwort zu verwirklichen haben: „Meine Herren, wir arbeiten doch nur für Sie.“

Flottenvereins-Vandalen.

Aus dem Jahresbericht des Flottenvereins, der in diesen Tagen in Danzig tagte, ist folgende Stelle recht interessant, die manche bürgerliche Zeitungen unterschlagen:

„Als ein ganz hervorragend wirksames Werbemittel haben sich die Fahrten zur Wasserfront bewährt, insonderheit die Sendung der 300 deutschen Volksschullehrer nach Hamburg—Kiel—Helgoland—Bremen. Für diese Lehrfahrten sollen besonders die Lehrer aus dem Binnenlande und abgelegenen Dörfern herangezogen werden, um sie für den Flottengedanken zu gewinnen. Die Meldungen der Lehrer zu diesen Fahrten sollen möglichst direkt an den Flottenverein erfolgen, nicht durch Vermittelung des Kultusministers.“ (Wozu wir Minister haben! D. N. d. B.) ...

„Schülerfahrten wurden auch im letzten Jahre nach der Wasserfront veranstaltet. Nach Hamburg und Kiel gingen 1700 Schüler. Die Stimmung derselben scheint eine etwas sehr feuchtschläfrige gewesen zu sein, denn der Bericht vermerkt: Nach der Präsidialgeschäftsstelle von der Garnisonverwaltung in Kiel überlieferten Abrechnung sind bei Benutzung des Kasernements in Wil unüberhältnismäßig viel Beschädigungen des Inventars vorgekommen. Unter anderen Kleingeldern haben nicht weniger als 2 Stehlampen, 4 Hängelampen, 3 Kapplichter, 163 Handbücher, 51 Wasserkrüge, 50 Waschbecken, 58 Wasserfäßen, 97 Trinkgläser, für 64,15 M. Fensterscheiben und ein Kofettbecken im Werte von 66,80 M. ersetzt werden müssen.“

Diese Stelle des Berichtes zittern wir aus der „Danziger Zeitung“ vom 15. Juni 1908. Die hier fragliche feuchtschläfrige Schülerfahrt ist ja eine wahre Heimsuchung für die in Mitleidenschaft gezogenen Kreise gewesen. Gehaut haben die flottenbegierigen Jünglinge wie Vandalen. Wenn es sich um Sozialdemokraten handeln würde, das Geschrei in der „anständigen“ bürgerlichen Presse wollten wir hören!

Das Vereinsgesetz in Hessen.

Aus Darmstadt wird telegraphiert: In der Zweiten Kammer führte bei der Beratung von Anträgen betreffend ein Ausführungsgesetz zum Vereinsvereinsgesetz Minister des Innern Braun aus, daß soweit möglich, Rücksicht auf die bestehenden Zustände genommen sei. Das Bestreben sei dahin gegangen, mögliche Gleichmäßigkeit der Bestimmungen in ganz Süddeutschland zu schaffen, diese Gleichmäßigkeit sei erreicht. Eine Mitarbeit des Parlaments bei den Ausführungsbestimmungen sei nicht angängig, weil diese schon am 15. Mai in Kraft treten sollten. Weiter bemerkte der Minister, daß der Sprachenparagraf für Hessen praktisch gar keine Bedeutung habe. Daß die Angelegenheit in Hessen gegenüber anderen Staaten erschwert sei, könne niemand ernstlich behaupten. Im großen und ganzen komme es auch bei den Ausführungsbestimmungen ganz auf die Handhabung an. Man könne getrost das Vertrauen in die Regierung und die Behörden setzen, daß sie bestrebt sein werden, die politischen Rechte der Bevölkerung in keiner Weise zu beeinträchtigen.

Volksschuljammer.

In der Denkschrift zur württembergischen Volksschulnovelle wird mitgeteilt, daß in der württembergischen Volksschule am 1. Januar 1908 in Klassen von mehr als 60 Schülern insgesamt 182055 Schüler unterrichtet wurden, nämlich 32697 Schüler in 511 Klassen mit 61 bis 65 Schülern, 30396 Schüler in 447 Klassen mit 66 bis 70 Schülern, 49850 Schüler in 608 Klassen mit 71 bis 80 Schülern, 33895 Schüler in 889 Klassen mit 81 bis 90 Schülern, 19665 Schüler in 207 Klassen mit 91 bis 100 Schülern und 16282 Schüler in 138 Klassen mit über 100 Schülern. Württemberg zählt 2397000 Einwohner. Wenn in diesem Ländchen die äußerst minimalen Forderungen der Novelle durchgeführt, der zur Zeit bestehende Mangel von 300 Lehrern beseitigt und der durch die Einführung eines 6. Bildungsjahres für die Lehrer entstehende einmalige Ausfall von ungefähr 250 Lehramtskandidaten gedeckt werden sollen, so hat die Unterrichtsverwaltung für einen außerordentlichen Zuwachs von 800 bis 1000 Lehrern zu sorgen. Daraus geht wohl zur Genüge hervor, in welcher grauenvollen Weise die Volksschule bis zum heutigen Tage vernachlässigt worden ist. Unter der Herrschaft der „Reiter Kirche“.

Oesterreich.

Der Studentenstreik.

Wien, 16. Juni. Heute mittag fand eine Demonstration von Studenten vor dem Parlament statt. Die Studenten, deren Zahl auf 2000 geschätzt wurde, zogen nach der Parlamentsrampe. Das Tor des Parlaments wurde geschlossen. Der Abgeordnete Bernersdorfer richtete eine Ansprache an die Studenten, in denen er sie aufforderte, der Sache keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben. Die Studenten zogen alsbald ab, ohne daß es zu ernstern Zusammenstößen kam.

Schweiz.

Der Wehzzoll.

Bern, 15. Juni. Der Bundesrat hat beschlossen, das von Deutschland angeregte Schiedsgericht in Sachen der in der Wehzzollfrage bestehenden Meinungsverschiedenheiten unter gewissen von der Schweiz vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen, die geeignet erscheinen, eine sachgemäße und beschleunigte Lösung herbeizuführen.

Das Getreidemonopol.

Bern, 16. Juni. Der kürzlich im Nationalrat gestellte Antrag auf Einführung des Getreidemonopols ist dahin abgeändert worden, daß der Bundesrat so rasch wie möglich Bericht darüber erstatten soll, ob nicht die Bundesverfassung im

Einne der Einführung des Bundesmonopols für den Handel mit Getreide und Mehl zu revidieren sei.

Italien.

Bluturteile.

Paris, 16. Juni. „Echo de Paris“ meldet aus Mailand, daß die Führer des Agrarautstandes in der Provinz Parma vom Gericht sehr schwer bestraft wurden. Der erste Sekretär der Arbeiterbörse erhielt 5 Jahre 2 Monate Gefängnis, der zweite Sekretär 4 Jahre Gefängnis wegen antimilitaristischer Propaganda. Die freiwilligen Arbeiter treffen nunmehr zahlreich in der Provinz ein unter dem Schutze der Truppen. Die Zahl der Ausländigen und derjenigen, die unter dem Ausstande zu leiden haben, beläuft sich auf über 20 000. Der durch den Ausstand bisher entstandene Schaden wird auf 5 1/2 Millionen Lire geschätzt. Hier von entfallen auf die Grundeigentümer rund 3 Millionen Lire.

England.

Kein Zarenbesuch.

London, 16. Juni. Unterhaus. Trevelyan fragte, ob Vorkehrungen getroffen würden für einen baldigen Besuch des Kaisers von Rußland in England und ob das Geschehen haben werde, seine Ansicht über solchen Besuch auszusprechen, ehe endgültige Entscheidungen getroffen würden. Staatssekretär Gren erwiderte, Vorkehrungen für einen baldigen Besuch des Kaisers Nikolaus seien nicht getroffen und damit erledigte sich auch der zweite Teil der Anfrage Trevelhans. Auf eine andere Anfrage erwiderte Staatssekretär Gren, nach einem Berichte des englischen Geschäftsträgers in Teheran herrsche dort beträchtliche Erregung und Unruhe; der Geschäftsträger sage aber nicht, daß für das Leben, das Eigentum und die Interessen der Ausländer Gefahr bestehe.

Rußland.

Russische Greuel.

Wir entnehmen einer Interpellation, die von den Sozialdemokraten und Arbeitergruppen anlässlich der Gefängnisgreuel in Jekaterinoslaw in der Duma eingebracht wurde, einige Einzelheiten der dort stattgefundenen Meuterei:

„Die Aufseher Kamai, Barabassch und andere führten sich in die obere Etage an die Kammer der Untersuchungsgefängnisse. Obwohl es den Lehteren vollkommen unmöglich war, zu entfliehen, begannen die Aufseher durch die Gittertüren der Kammer auf die längst den Wänden und unter den Prüßchen niederliegenden Gefangenen zu feuern.“

Viele fielen auf den Knien, sie zu verschonen, das rettete sie aber nicht. . . . Es wurden auf diese Weise getötet 3 und verwundet 24 Gefangene!

Bei den geschilderten Mordtaten offenbarte sich eine beispiellose Grausamkeit; dem getöteten Wajuscha wurden beide Augen ausgestochen, bei Julerin wurde die Hand durchbohrt, viele Tote wiesen Kojonett- und Säbelstiche auf, die die Eingeweide bloßlegten; bei einigen war der Schädel gespalten.

Die Verwundeten mußten sich ohne welche Hilfe bis zum Abend im Schmutz wälzen. . . . Bei vielen gingen die Wunden in Eäulnis über. Beim Verwundeten Prohjanoi, der erst am folgenden Tage ins Landhospitalslazarett übergeführt wurde, wurde die Wunde brandig; man mußte ihm beide Beine amputieren und er starb am selben Tage.“

Persien.

Der starrsinnige Schah.

Paris, 16. Juni. Der „New York Herald“ berichtet aus Teheran: Der Schah weigerte sich, eine Abordnung der Nationalversammlung zu empfangen, die ihm eine Witschrift unterbreiten wollte, in der darüber Klage geführt wurde, daß der Schah die Verfassung nicht achtet.

Marokko.

Die Politik Frankreichs.

Paris, 16. Juni. „Revue Parisienne“ erfährt von zuständiger Seite, daß die Politik Frankreichs Mulay Hasid gegenüber selbstverständlich von dessen eigener Haltung abhängen werde. Falls Mulay Hasid die Befreiung der in El Har gefangen gehaltenen französischen Schutzbefohlenen anordnen und seine Truppen eine korrekte Haltung beobachten würden, werde Frankreich sich von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß die Anerkennung Mulay Hasids nicht von Frankreich allein, sondern von allen Signatarmächten der Algecirasakte abhängen; auch könne die Anerkennung ganz gut aufgeschoben werden, ohne daß Frankreich Mulay Hasid bekämpfe oder als Feind betrachte, so lange er nur selbst keine feindselige Handlung gegen Frankreich unternähme. Wenn beispielsweise die Truppen Mulay Hasids in eine der Hafenstädte einrückten, so könne Frankreich jeden Zwist, jede Einmischung in die marokkanischen Angelegenheiten vermeiden und ruhig zulassen, daß beide Parteien ihren Streit untereinander austrügen; Frankreich werde keinem Thronbewerber Beistand leisten. Falls Vertreter Mulay Hasids in einer Hafenstadt, in der Frankreich den Polizeidienst zu versehen habe, als Behörde anerkannt werden sollten, könne Frankreich sich auf die ihm durch die Algecirasakte zugewiesene Aufgabe, für den Schutz der Europäer zu sorgen, beschränken. Die Politik Frankreichs lasse sich mit einem Worte als Politik der Nicht-Einmischung kennzeichnen.

Frankreich scheint also das marokkanische Abenteuer ziemlich rasch liquidieren zu wollen, und es wäre an der Zeit, daß sich jetzt auch die närrischsten Aldeutschen beruhigen.

Mulay Hasid an der Regierung.

Paris, 16. Juni. Nach Meldungen aus Fes vom 11. d. M. bestätigt sich das Gerücht von Wiedereinführung der Steuer auf Tabak und der Zucksteuer.

Mulay Hasid schrieb den Gesandtschaften einen Brief, in welchem er bat, daß die Europäer sowie die Konsula nach Fes zurückkehren. Wie es weiter heißt, sind Mißbilligungen zwischen den Chefs der Mahalla von Abdul Ksid, die sich gegen ihn empört hatte, ausgebrochen. — Die französische Kolonie in El Har scheint nicht in Gefahr zu sein.

Hus der Partei.

Unsere Toten. In Hannover starb der Genosse Fritz Dalbe, der langjährige Wirt des dortigen Parteilokals Walhof, im Alter von 52 Jahren am Herzschlage. Genosse Dalbe hat seine Pflichten als Parteigenosse allezeit eifrig erfüllt. In der Zeit des Sozialistengesetzes stellte er sein damaliges Lokal im Klosterberge allen politischen Beobachtungen und Schikauen zum Trost stets für Versammlungen und Sitzungen zur Verfügung.

Polkzliches, Gerichtliches usw.

„Der Oberhirsch als Streikbrecheragent“, so lautet die Ueberschrift einer Notiz, in der wir uns kürzlich mit dem bekannten Herrn Strohsfeld in Breslau beschäftigt hatten. Strohsfeld hat nämlich während des Streiks der Metallarbeiter bei

Der Firma Gubisch in Siegnitz dieser Firma Arbeitswillige hermittel. Genosse Wolff, der verantwortliche Redakteur unserer Breslauer Parteiblatts, das feierlich über den Vorfall in einer für Strohsfeld nicht gerade schmeichelhaften Weise berichtete, wurde daraufhin infolge einer Privatbeleidigungssache Strohsfelds wegen formeller Beleidigung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Auch unseren Verantwortlichen, den Genossen Davidsohn, hat Strohsfeld verklagt. Die Sache kam am Dienstag vor dem Breslauer Schöffengericht zur Verhandlung und endete mit der Freisprechung des Angeklagten. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Ausdruck „Oberhirt“, sei keine Beleidigung und der Ausdruck Streibbrecheragent keine lediglich eine Tatsache.

Herr Strohsfeld befand sich im Zuhörerraum, und hinter dem schützenden Ofen halb verborgen, nahm er Kenntnis von seiner neuerlichen schweren moralischen Niederlage.

Redakteursfreude. Das Zentralgefängnis in Böhlow bezog am Dienstag der Genosse Kühn von der „Medienburger Volkszeitung“. Die Moskauer Strafkammer verurteilte Kühn am 30. November d. J. wegen Beleidigung des Regenten von Braunschweig zu sechs Monaten Gefängnis. Es handelte sich um zwei Artikel, die anlässlich der Regententhronbesteuerung erschienen waren. Das Reichsgericht bestätigte später das Strafurteil, obwohl in diesem „Feststellungen“ getroffen worden waren, die von dem Verteidiger und dem Angeklagten in der direkt entgegengesetzten Weise vorgebracht waren. Die „Feststellungen“ eines Urteils kann bekanntlich das Reichsgericht nicht anfechten. Dieser Prozess wird ebenfalls in der Geschichte der „Majestätsbeleidigungen“ eine nicht unwichtige Rolle einnehmen.

Eine halbjährige Gefängnisstrafe hat am Montag Genosse Frängel aus Ebing angetreten. Die Strafe erhielt er in dem großen Prozess wegen Beleidigung der Leitung der Schickauerwerk — er hatte in zwei Flugblättern die Zustände auf der Werk dargestellt. Von der Gefängnisleitung ist dem Genossen Frängel Selbstbeschäftigung und eigene Beschäftigung sowie das Tragen seiner Kleider gestattet worden. Das Lesen einer Zeitung dagegen ist ihm bis auf das der Metallarbeiterzeitung nicht gewährt.

Soziales.

Von der Konferenz über die Arztfrage bei den Krankenkassen.

Die Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“ vom 13. Juni d. J. ist erklärlich sehr verärgert, daß der böse „Vorwärts“ wieder einmal in der Lage war, über eine vertrauliche Konferenz zu berichten, die Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg auf den 11. und 12. Juni nach Berlin einberufen hatte. Daß solche Beratungen von weitgehendstem Interesse nicht streng geheim sein sollten, mußte auch dieses Blatt einsehen, welches jetzt selbst bemerkt, daß es „im öffentlichen Interesse geboten ist, schon jetzt mitzuteilen, daß nach den gepflogenen Verhandlungen eine Aussicht auf gesetzliche Einführung der freien Arztwahl in den Krankenkassen nicht vorhanden ist“. Das Blatt hat ausnahmsweise mal richtig berichtet. Den Scharfmachern der Ärzte brachte diese Konferenz eine Niederlage! Sollte zwei Tage diskutierten unter dem Vorsitz des Ministers diese Konferenz und scharfe Angriffe erfolgten auf die Ärzteschaft. Bezeichnend war es, daß in erster Linie die Vertreter der Bahnärzte und Knappschaftsärzte ihren Kollegen von dem Leipziger Verband hart zusetzten und deren Treiben arg bloßstellten. Und erst die Großindustriellen und Knappschaftsdirektoren! Diese ritten eine scharfe Attacke gegen die „Leipziger“, weil dieselben bei den Ortskrankenkassen nicht Halt machen, auch die „gutgeleiteten“ Betriebskrankenkassen usw. mit freier Arztwahl versehen wollen. Das Allerhöchste ist aber, daß dann, nach den Anlagereisen der Vertreter der Ortskrankenkassen, auch die geladenen „Unparteiischen“, die Vertreter der Großstädte als Aufsichtsbehörden, vom „Terrorismus der Ärzteschaft“ schriftliche Welege brachten, die selbst bei einem Bethmann-Hollweg Kopfschütteln erregten! Da die ganze Konferenz stenographisch aufgenommen wurde, so kann sich ja der Kanzler Bülow genauere Informationen jetzt einholen, bevor er wieder einmal eine Rede über den „Terrorismus der sozialdemokratischen Ortskrankenkassenvorstände“ im Herrenhaus löst! Auf der Anlagereise sah der „Leipziger Verband der Ärzte“, den Vorsitz führte ein preussischer Staatsminister, Zwangsärzte, Großindustrielle, Direktoren, Kassenvertreter waren die Ankläger und als Zeugen fungierten eigentlich die Magistratsvertreter gegen die Angeklagten!

Alle Hoffnungen der braven „Streiter“ wurden zerstört, denn der Minister erklärte ja selbst, daß nach der ihm jetzt gewordenen Auffassung an die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl nicht zu denken sei! Das war eine bittere Pille für die Jüngster des Ärztestandes, die ihre besten Redner vorgeführt hatten. Aus den Erklärungen des Ministers ging zum Schluß hervor, daß er vorerst einmal durch Gesetz das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen regeln wolle. Es soll aber kein bestimmtes Arztsystem, insbesondere also nicht das der freien Arztwahl, obligatorisch vorgeschrieben werden, dies sei den Vereinbarungen zwischen Ärzten und Ärzten zu überlassen. Also der alte Zustand, da die Regierung jetzt alle Lust verloren hat, den Schreibern unter den Ärzten zu helfen! Gewisse Normalvorschriften für die Arztfrage sollten jedoch erlassen werden, damit die Streitfragen etwas erledigt würden. Den Hauptwert legte die Regierung in ihren Vorschlägen auf die Schaffung von Schiedsinstanzen für den Fall, daß eine Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen nicht zustande kommt, und soll das Anrufen dieser Schiedsinstanzen zunächst fakultativ sein. Ferner soll das Gesetz keine Bestimmung über die Bezahlung öffentlicher Leistungen treffen und sollen die Fragen offen bleiben, ob Arztordnungen erlassen werden sollen, ob die Landeszentralbehörde das Recht haben sollen, für alle Krankenkassen einen Mindestprozentsatz von Ärzten vorzuschreiben usw. usw.

Schamlose Konkurrenzkaufen.

Das Reichsgericht hat dieser Tage in einem Prozess gegen den insbesondere in chemischen Fabriken gebräuchlichen Terrorismus Stellung genommen, der durch hohe Konventionalsstrafen gegen Angelegte getrieben wird. Es hat in Uebereinstimmung mit der häufig von uns veröffentlichten Ansicht und entgegen der herrschenden Jubiläum einen solchen Vertrag als einen gegen die guten Sitten verstoßenden nichtigen bezeichnet. Der Rechtsfall lag folgendermaßen:

Der Chemiker Dr. R. in Grünroda in Sachsen war mit der Firma G. H. Wöhlinger Sohn in Niederungelheim einen Anstellungsvertrag eingegangen, nachdem er als zweiter Betriebsassistent in der Salzsäurefabrikation bei einem Jahresgehalt von 2400 M. gegen dreimonatliche Kündigung angestellt wurde. In einem bei der Anstellung unterschriebenen Revers verpflichtete sich Dr. R. auf Ehrenwort, von dem Geschäft und seinen Einrichtungen ohne ausdrückliche Erlaubnis seitens der Firma niemandem Mitteilung zu machen. Diese Verpflichtung sollte sich bis auf drei Jahre nach dem Austritt aus dem Geschäft erstrecken, neben der Verpflichtung, während dieses Zeitraums weder in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweden und Belgien ohne

Schriftliche Erlaubnis der Firma in einer Fabrik Stellung anzunehmen, welche die gleichen Produkte fabriziert wie Wöhlinger Sohn. Auch sollte Dr. R. weiter verpflichtet sein, jede Selbstfabrikation oder indirekte Beteiligung an einer Fabrikation der betreffenden Geräte zu unterlassen und während der dreijährigen Unterlassungszeit der Firma G. H. Wöhlinger Sohn jederzeit seinen Wohnortwechsel mitzuteilen, sowie die zur Klarstellung der eingegangenen Verpflichtungen nötige Auskunft zu geben. Bei Zuwiderhandlung gegen eine dieser Verpflichtungen sollte Dr. R. ohne Mahnung oder Verzugsetzung einer Konventionalstrafe von 100 000 M. verfallen. Nach Verlauf von 1 1/2 Jahren nach erfolgter Anstellung kündigte Wöhlinger dem Dr. R. und trat letzterer bei einer anderen Firma in Stellung. Nach der Behauptung Wöhlingers soll das eine Konkurrenzfabrik im Sinne des unterschriebenen Reverses sein. Er strengte deshalb Klage gegen R. auf Zahlung von 100 000 M. an. Der Beklagte berief sich auf § 138 Absatz 1 B. G. B. und beantragte Abweisung der Klage.

Das Landgericht Mainz erkannte die Klage im ermäßigten Betrage von 10 000 als gerechtfertigt an und verurteilte dementsprechend den Beklagten. Die Berufung des Beklagten wurde vom Oberlandesgericht Darmstadt zurückgewiesen.

Auf die Revision des Beklagten hin hob der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts das oberlandesgerichtliche Urteil auf und änderte das landgerichtliche Urteil dahin ab, daß die Klage in vollem Umfange abgewiesen wurde. Der erkennende Senat legt dar, daß der vom Beklagten unterzeichnete Revers gegen § 138 Absatz 1 B. G. B. verstoße. Es folge dies einmal aus der Bestimmung über die Vertragsstrafe, welche in der außergewöhnlichen Höhe bei jeder einzelnen Uebertretung der in dem Revers enthaltenen, höchst umfassenden und minutiösen Verpflichtungen verwirkt sein soll. Demgemäß würde sich unter Umständen eine solche Häufung der einzelnen Vertragsstrafen ergeben, daß eine Summe herausläme, welche mit der tatsächlichen Sachlage überhaupt außer jeder vernünftigen Beziehung stände. Eine solche alle Grenzen übersteigende und unerschwingliche Summen auslaufende Vertragsstrafe enthalte aber einen Verstoß gegen die guten Sitten, auch wenn behauptet und bewiesen worden wäre, daß derartige Bestimmungen durch das reelle Interesse der klagenden Fabrik geboten seien. Denn solche Bestimmungen würden unter Vernichtung der Vermögensstellung des Beklagten während seiner ganzen Lebenszeit nur in einseitiger Weise das Interesse des Klägers wahren. Hierzu komme noch die Verpflichtung des Beklagten mittels Ehrenworts zum Schutze der lediglich finanziellen Interessen des Klägers. Wenn der Revers sonach als die persönliche Freiheit übermäßig beschränkend aus § 138 Absatz 1 Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht sei, so könne er auch nicht aus § 133 Absatz 1 Gewerbeordnung aufrecht erhalten werden, denn es handle sich hier nicht um eine Beschränkung der gewerblichen Tätigkeit nach Zeit, Ort und Gegenstand, sondern um die Art der Befähigungsmittel eines Vertrages; ob eine solche Beschränkung, welche eine unbillige Erschwerung des Fortkommens enthält, vorliege, könne daher ganz dahingestellt bleiben.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Nachträgliches zur Absperrung.

Trotz der Ankündigung, bis zum 6. Mai ausgesperrt zu werden, hatten die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Piano-Manufaktur Schälke u. Freund in Lichtenberg den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert. Am 6. Mai wurde aber nur ein Teil vorläufig wieder eingestellt, worauf die Beteiligten bis auf drei solidarisch den Betrieb verließen. Nach mehrmaligem Verhandeln erhielten die zum Teil neun Jahre und länger dort Beschäftigten ihre definitive Entlassung.

Der absperrungslustige Unternehmer hat jetzt Jugendliche und Lehrlinge eingestellt, und statt der sonst üblichen dreijährigen soll nun eine 14 tägige Lehrzeit genügen. Von der Sauberkeit der von den jugendlichen Arbeitswilligen hergestellten Mechaniken könnte dem Herrn Schälke mancher Zusammenseher etwas erzählen. Der Herr sei an die Hamburger Firma Jermann erinnert, die ihren Betrieb aufgeben mußte, da die Arbeit Ungeübter die Rundschaft nicht befriedigte. Auch dort waren alte Arbeiter zum großen Teil nicht wieder eingestellt worden, die wegen Lohnreduzierung vor anderthalb Jahren die Arbeit verweigert hatten.

Deutsches Reich.

Metallarbeiter!

Zum Streik und zur Absperrung bei der Firma Brown, Oberlin u. Co. A. G. in Mannheim ist zu berichten, daß eine wesentliche Wenderung in der Sachlage nicht eingetreten ist. Trotz der vierzehntägigen Dauer des Kampfes ist es der Firma nicht gelungen, Streikbrecher zu bekommen. Neuerdings scheint die Firma nun mit Unterstützung der Industriellen-Nachweise die Heranziehung der edlen Elemente intensiver betreiben zu wollen. Da sie wohl voraussetzt, daß die Metallarbeiter zu sehr auf Ehre halten um sich als Streikbrecher nach Mannheim locken zu lassen, versucht man es auf einem Umwege, indem Leute für das Schweizer Werk gesucht werden. Durch Fertigstellung der notwendigen Arbeiten im Schweizer-Werk will die Firma sich aus der Verlegenheit helfen.

Wir ersuchen also dringend alle Metallarbeiter, bei Nachweisung von Arbeit durch den Industriellen-Nachweis, äußerst vorsichtig zu sein und sich genau zu erkundigen, wohin sie vermittelt werden!

Auch im Frankenthaler Werk der genannten Firma ist es zur Kündigung von Seiten der Firma gekommen. Die dort beschäftigten Modellreiner (6 Mann) haben sich geweigert, für Wammheimer Arbeit Modelle zu machen und daraufhin wurde sämtlichen Formern, Modellreiner und Hilfsarbeitern auf nächsten Donnerstag gekündigt. Es wird dann die Gesamtzahl der Kampfsenden circa 1500 Mann betragen.

Aussicht, durch Verhandlungen mit dem Industrieverband den Konflikt beizulegen, ist vorerst nur wenig vorhanden.

Wir ersuchen die Metallarbeiter aller Branchen, das gesamte Industriegebiet, Mannheim-Ludwigshafen a. Rh., strengstens zu meiden und auch unter keinen Umständen Arbeit für die Schweiz anzunehmen. Ebenso ersuchen wir alle Arbeiter, die auswärtigen Montagern dieser Firma wie bisher weiter genau zu beachten und sachdienliche Vorkommnisse und sofort zu berichten.

Die Ortsverwaltung Mannheim des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Ueberriffe der Unternehmer.

In der Glasfabrik in Brodnitz bei Weichen, in der die Glasarbeiter wegen Nichtabzahlung des unzureichenden Lohnabzuges von 5 Proz. (die 5 Proz. werden unbeschadet der sonstigen Nichtabnahme fehlerhafter Ware von allen hergestellten Waren noch besonders abgezogen) seit einigen Wochen streiken, werden noch ungefähr 100 jugendliche Arbeiter, meist Ausländer (Polen, Galizier usw.) beschäftigt. Am Mittwoch voriger Woche erklärten sich nun erst zehn von diesen Leuten mit den Streikenden solidarisch und gingen am Donnerstag nicht zur Arbeit. Da nun die Betriebsleitung offenbar besitzergreifend, der Rest der jungen Leute würde seinen wackeren Kameraden folgen, wandte sie ein Mittel an, das nahe an Freiheitsberaubung streift und zeigt, daß das Unternehmertum vor nichts zurückschreckt, wenn es seine Profitinteressen gilt. Die jungen Leute, die am Donnerstag wieder zur Arbeit gegangen waren, fanden am Abend einladend die Tore gesperrt. Sie wurden in Baracken der Firma untergebracht, erhielten Essen und Trinken, Jagareiten usw. Trotz dieser sonst gar nicht gewohnten Freigebigkeit der Firma verließen noch einige der Eingesperrten den Betrieb über einen zwei Meter hohen Zaun.

Arbeiterüberfluß in Bremerhaven.

Obwohl in Bremerhaven Arbeitskräfte massenhaft brach liegen versucht es das Unternehmertum doch noch, Arbeiter nach dort zu locken. Es sei daher ausdrücklich davor gewarnt, Verzapfungen von Agenten, die goldene Berge in Aussicht stellen, Glauben zu schenken. In Bremerhaven ist lohnende Arbeit nicht zu finden.

Ausland.

Finnland.

Die Bauunternehmer von Helsingfors haben beschlossen, den Arbeitstag von neun Stunden auf zehn Stunden hinaufzuschrauben. Den Arbeitern hat es unendlich Mühe gelostet, den Neunstunden-Arbeitstag zu erkämpfen, nun wird die Erhaltung desselben neu Kämpfe erfordern. Die Arbeiter sind nicht gesonnen, den Neunstundentag aufzugeben.

Aus der Frauenbewegung.

Früchte des Galatismus.

Die wenigen Vorzüge, die das neue Reichsvereinsgesetz bringt, haben sich auch die polnischen bürgerlichen Damen in der Ostmark zunutze gemacht. Sie wollen hinfür den Männern im Kampf gegen den preussischen Galatismus nicht mehr nachsehen und haben zu diesem Zweck einen Verein polnischer Frauen gegründet, dessen Aufgabe es sein soll, mit den Männern Schulter an Schulter gegen die Germanisierungsbestrebungen anzukämpfen. Also nicht die Emanzipation der Frau vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Joch ist ihr Ziel, sondern extrem nationalistische Betätigung.

In einem Aufruf, der von einer Anzahl Damen der „besseren“ Stände unterzeichnet ist, fordert das Komitee alle Frauen und Mädchen polnischer Zunge in Stadt und Provinz sofort zum Beitritt in den Verein auf. Vor kurzem fand in Polen die erste — konstituierende — Versammlung statt, und auch bei den Wahlen verjuchten die Damen ihren Einfluß einzusetzen. Ob die Union sämtlicher polnischer Frauen der Ostmark, wie sie das Komitee plant, in baldige gelingen wird, bleibt abzuwarten. Bei dem fanatisierenden Einfluß der Geistlichkeit unter den Polen ist ein nachhaltiger Erfolg sehr wahrscheinlich.

Bund für Mütterchutz.

Selten hat eine Anregung so auf eine tief innerliche Notwendigkeit getroffen wie die Mütterchutzbewegung, die trotz der vielen Feindeligkeiten, die man ihr im Anfang entgegenstellte, sich über alles Erwarten kräftig entwickelt.

Unter den Frauen, die beim Vereine Hilfe suchten, befanden sich im Jahre 1907 auch 89 verheiratete Frauen, die sich vor der Brutalität des Ehemannes flüchten mußten, — eine Illustration zu dem Dogma von der alleinseligmachenden Ehe. Traurig ist es, daß eine so große Zahl ganz junger Mädchen (53) von 15—19 Jahren schon Mütter wurden. 267 Mütter standen im Alter von 20 bis 25 Jahren, 119 zwischen 26—35 und 17 zwischen 36—45 Jahren. Den größten Prozentsatz bildeten wieder die Dienstmädchen mit 144 Fällen; dann kamen 84 Stützen, Krankenpflegerinnen, 96 Handlungsgeschäftsführerinnen, 78 Heimarbeiterinnen, Schneiderinnen, 34 Arbeiterinnen, 4 Schauspielerinnen, 9 Lehrerinnen, 9 Obedienten, 1 Prostituierte, 1 Geistesranke. Interessant ferner ist die Tatsache, daß auf die 457 Fälle, die der letzte Jahresbericht umfaßt, unter 404 evangelischen und 51 katholischen Müttern nur 2 jüdische sind. Es hängt das wohl mit dem Umstande zusammen, daß die jüdischen Mädchen viel mehr heiraten als die christlichen. Die Mütter waren fast durchweg in den letzten Monaten vor der Entbindung stellunglos, und da ihr Einkommen, auch wenn sie wieder arbeiten konnten, doch im allgemeinen so niedrig ist, daß sie die 20—35 Mark Kostgeld für das Kind, evtl. Wäsche und Kleidung, kaum ersatzfinden können, so ist für die Frau, für die der Vater des Kindes nicht eintreten kann oder will, ein wahres Jammerleben die Folge einer „Schuld“, die doch schließlich nur den vitalsten Bedürfnissen fürperlich reifer Menschen entspringt. Trotz der traurigen Perspektiven, die vor den jungen Müttern liegen, haben sich doch einige geweigert, den Vater des Kindes zu heiraten, der sich dazu bereit zeigte, da sie einsehen, daß sie mit dem betreffenden Manne nur unglücklich werden könnten. Von den 4—500 Kindern, für die der Verein Unterhalt suchte, konnten nur zwei durch Adoption in gesicherte Verhältnisse gebracht werden.

Die Mütter rekrutierten sich so ziemlich aus allen Kreisen; es konnte aber kaum die Hälfte der in Frage kommenden Männer erlucet werden; auch waren einzelne Frauen nicht dazu zu bringen, den Vater ihres Kindes zu nennen, um ihm keine Unannehmlichkeiten zu machen. Die Mehrzahl der Väter stand zwischen dem 10. bis 45. Jahre; ein Vater war erst 17 Jahre alt, zwei schon 60, einer 88 und einer gar 92.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg. Mittwoch, den 17. Juni, 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosenstr. 3.

Mittdorf. Heute Mittwoch, den 17. Juni, 8 1/2 Uhr bei Thiel, Bergstraße 151/152: Schlussversammlung. Bericht der Vorsitzenden und der Kassiererin.

Rummelsburg. Morgen Donnerstag, den 18. Juni, 8 1/2 Uhr bei Tempel, Alt-Bochagen 5b: Vortrag. „Was muß die Proletarierin vom Alkohol wissen?“

Wilmersdorf. Morgen Donnerstag, den 18. Juni, 8 1/2 Uhr im „Luisenpark“, Wilhelmstraße 112: Vortrag.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

In der Badewanne ertrunken.

In tiefer Trauer wurde gestern nachmittags die Familie des Arbeiters Adermann aus der Eplauer Straße 5 berührt. Während der Mann sich auf der Arbeitsstelle befand und die Frau Wirtschaftseinkäufe machte, saßen die beiden zehn- und vierjährigen Mädchen den Entschlaf, wegen der brückenden Hitze unbemerkt ein Bad zu nehmen. Zu diesem Zweck liehen sie die Badewanne voll Wasser und riegelten die Tür ab. Als die Mutter von ihrem Ausgange zurückkehrte und auf ihre Klopfen nicht geöffnet wurde, ließ sie voll böser Ahnung die Tür durch einen Schlosser gewaltsam öffnen. Leider fand sich ihre schlimme Vermutung bestätigt, denn die beiden Mädchen wurden tot in der Badewanne vorgefunden.

350 Fischer ertrunken.

New York, 16. Juni. (Auf deutsch-atlantischem Kabel.) Nach einer Meldung aus Tokio sind an der Küste bei Kagoshima 50 Fischerboote gesunken und 350 Personen ertrunken.

Dienstmädchenfeld.

Heiden, 16. Juni. (B. S.) Aus dem vierten Stock eines Wohnhauses in der Parkstraße sprang ein Dienstmädchen und wurde später als zerstückelte Leiche aufgefunden.

Großfeuer.

Stegen, 16. Juni. (B. S.) Im benachbarten Orte Tiefenbach brach heute vormittags gegen 11 Uhr Feuer aus, das sich auf ein Häuser verbreitete. Es besteht Gefahr, daß weitere Häuser dem Brande zum Opfer fallen. Verschiedene Wehren aus der Umgegend sind nach dem Brandort geeilt.

Fehlgechlagener Feldzug gegen die Weissenfeer Ortskrankenkasse.

Die Widerrechtlichkeit des Vorgehens der „Aufsichtsbehörde“ (der bekannte Dr. Pape) gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse in Weissenfeer wurde am Montag in zwei Fällen vom Oberverwaltungsgericht anerkannt und die auf Entsetzung des Vorstands von seinem Amt lautende Verfügung außer Kraft gesetzt.

1. Alkohol-Fall.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse Weissenfeer hatte im Mai 1906 versucht, die Zustimmung der Aufsichtsbehörde zur Anschaffung und Verbreitung von 1000 Proschüren: „Alkohol und Volksgeundheit“ zu erlangen. Als diese verweigert wurde, beschloß der Vorstand, 500 Exemplare zu kaufen.

Der Vorstand des Bezirksgerichts zu Potsdam wies jedoch die Klage ab. Er führte u. a. aus: Die Frage, ob es sich bei den 50 R. um Verwaltungskosten im Sinne des § 29 des Gesetzes handle, sei zu verneinen. Die Verwaltungstätigkeit der Kassenorgane habe sich auf die gesetzlich zulässigen Aufgaben zu beschränken.

Der dritte Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichts hob die Vorentscheidung auf und setzte die Verfügungen des Gemeindevorstandes außer Kraft. Das Gericht erklärte: Die Aufsichtsbehörde ist mit ihren Verfügungen einen überhaupt nicht zulässigen Weg gegangen.

Die reichsverbändlerische und mugdanerische Presse hatte fernerzeit über Mißverwaltung der Ortskrankenkassen usw. alles Mögliche erfabelt. Wird sie nunmehr ihre Leser davon unterrichten, daß nicht der Kassenvorstand, sondern die Aufsichtsbehörde — der Dr. Pape gehört ja wohl dem Reichsverbande an — das Gesetz kraß verletzt hat?

schied. Aus Kassenmitteln wurden ihm 50 Mark Aufwands- und Reisekostenentschädigung gewährt. Der Gemeindevorstand von Weissenfeer als Aufsichtsbehörde wandte sich in mehreren Verfügungen dagegen und verlangte die Zurückzahlung der 50 Mark unter Androhung von Ordnungsstrafen für die Vorstandsmitglieder.

Die Vorstandsmitglieder klagten im Verwaltungsstreitverfahren und machten geltend, es läge keine ungesetzliche Verwendung von Kassengeldern vor. Es habe im hohen Grade im Interesse der Kasse und ihrer Mitglieder gelegen, die Generalversammlung des Verbandes zu beschließen.

Der dritte Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichts hob die Vorentscheidung auf und setzte die Verfügungen des Gemeindevorstandes außer Kraft. Das Gericht erklärte: Die Aufsichtsbehörde ist mit ihren Verfügungen einen überhaupt nicht zulässigen Weg gegangen.

Die reichsverbändlerische und mugdanerische Presse hatte fernerzeit über Mißverwaltung der Ortskrankenkassen usw. alles Mögliche erfabelt. Wird sie nunmehr ihre Leser davon unterrichten, daß nicht der Kassenvorstand, sondern die Aufsichtsbehörde — der Dr. Pape gehört ja wohl dem Reichsverbande an — das Gesetz kraß verletzt hat?

Der 7. Kongress der Schwedischen Sozialdemokratie. Der Parteitag unserer schwedischen Genossen dauerte vom 28. Mai bis zum 5. Juni, volle neun Tage. Die Abrechnung der Parteikasse über die Zeit vom 1. Januar 1906 bis 15. Mai 1908 schließt mit der Bilanzsumme von 477 102,86 Kronen ab.

teils auf Anstellung neuer besoldeter Agitatoren, mehrerer weiblicher Agitatoren, Anstellung weiblicher Journalisten bei der Parteipresse, teils auf finanzielle Unterstützung der Frauenagitation und der antimilitaristischen Jugendagitation. Die sehr gründliche Debatte endete mit dem Beschluß, vorläufig nur zwei besoldete Parteitagatoren anzustellen, und für die Frauenagitation 5000 Kronen zu bewilligen.

Ueber die Organisationsform der Partei wurde, wie wir schon in Nr. 130 des „Vorwärts“ unter Gewerkschaftlichem mitteilen, beschlossen, das alte Verhältnis beizubehalten, als die Gewerkschaften sich den Arbeiterkommunen anschließen und ihre Mitglieder damit auch Parteimitglieder werden, jedoch mit der Neuerung, daß Gewerkschaftsmitglieder, die mit der Partei nichts zu tun haben wollen, verlangen können, daß nichts von ihren Beiträgen in die Kasse der Arbeiterkommune oder der Partei fließt.

Die Errichtung einer Unterstützungskasse für die Angestellten in der Arbeiterbewegung hielt der Parteitag für notwendig, und erteilte dem Parteivorstand Auftrag, gemeinsam mit den Vorständen der anderen Zentralorganisationen über diese Angelegenheit zu beraten und eventuelle Vorschläge gut zu heißen.

Die Frage der Suspension und des Ausschusses der Herren Hinte Berggren und E. G. Schröder nahm einen ganz anderen Verlauf als in Anspruch. Sie waren beide anwesend. — Der Drunnschwiler Volkshochschule bewilligte der Parteitag eine jährliche Unterstützung von 5000 Kronen bis zum nächsten Parteitag, unter der Voraussetzung, daß ein Revisor des Parteivorstandes zur Prüfung der Jahresabrechnungen zugelassen wird.

Die Frage der Suspension und des Ausschusses der Herren Hinte Berggren und E. G. Schröder nahm einen ganz anderen Verlauf als in Anspruch. Sie waren beide anwesend. — Der Drunnschwiler Volkshochschule bewilligte der Parteitag eine jährliche Unterstützung von 5000 Kronen bis zum nächsten Parteitag, unter der Voraussetzung, daß ein Revisor des Parteivorstandes zur Prüfung der Jahresabrechnungen zugelassen wird.

Kleines feuilleton.

Wie literarische Gutachten zuzuhören kommen. Um ihrem miserablen Lesefutter durch Titel und Namen ein gewisses Relief zu geben, prunkt die Bibliothek Scherl mit umfangreichen Gutachten, in denen sich „führende deutsche Geister“ für diesen Humbug um die Weite blamieren.

Ich habe mich an die meisten der Herren gewandt, die im ersten Bande der Bibliothek August Scherl für diese Sache eintraten, und habe auch von den meisten mehr oder weniger ausführliche Antworten erhalten. Allen diesen Antworten ist eines gemeinsam: Die Herren versprechen sich von der Bibliothek einen erfolgreichen Kampf gegen die gemeine Kolportageliteratur.

Ich habe mich an die meisten der Herren gewandt, die im ersten Bande der Bibliothek August Scherl für diese Sache eintraten, und habe auch von den meisten mehr oder weniger ausführliche Antworten erhalten. Allen diesen Antworten ist eines gemeinsam: Die Herren versprechen sich von der Bibliothek einen erfolgreichen Kampf gegen die gemeine Kolportageliteratur.

Humor und Satire.

Dernburgs zweite Afrika-Reise.

Wenn Dernburg eine Reise tut, dann könn' wie wat betahlen; Und also nahm er Stod un Hut un fuhr zu'n Kanibalen. Und als er kam nach irgendwo, da sagte er am Wege: Hier will id eene Eisenbahn, mag's kosten wat et möge.

Die Sozi im Landtag. Stimme Wälows vor den Wahlen: Nicht ein einziger Sozialdemokrat ist bis jetzt hineingekommen. Unser Wahlrecht hat sich als ein festes Bollwerk gegen den Umsturz erwiesen, und deshalb muß es erhalten bleiben!

Notizen.

Ein neue Volksoper. Seitdem die Loringoper eingegangen ist, mangelt es in Berlin an einer Stätte, an der zu erträglichen Preisen gute Opernaufführungen geboten werden. Es ist also wirklich ein Bedürfnis nach einer Volksoper vorhanden, um so mehr, da die königliche Oper für die minderbemittelten Klassen kaum in Frage kommt.

gelehnt. Zur Anordnung von Studienkursen in verschiedenen Teilen des Landes wurde dem Parteivorstand eine Summe von jährlich 5000 Kronen zur Verfügung gestellt. Ferner wurde die Gründung einer wissenschaftlichen Monatschrift der Partei beschlossen, sowie die Herausgabe eines „Vürger-Handbuchs“.

Zu dem Punkt des Parteiprogramms, der das Militärwesen behandelt, wurde eine Aenderung beschlossen. — Ein demokratisches Verteidigungssystem. — Kampf gegen das Militärwesen. — Internationale Schiedsgerichte und nun diese Gestalt: „Kampf gegen den Militarismus. Demokratisierung der Verteidigung und vollständige Verminde rung der Militärausgaben bis zur Abrüstung. Bindende Schiedsgerichtsverträge, permanente ständige Neutralität, kräftiges internationales Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen gegen den Krieg.“

Auch zur Religionsfrage lagen verschiedene Anträge vor. Der Parteitag beschloß jedoch den alten Programmpunkt: „Die Religion wird zur Privatsache erklärt“ beizubehalten und nahm dazu folgende Erklärung an:

„Der Parteitag, der ein für alle Mal den Programmpunkt: die Religion, Privatsache, bekräftigt, erklärt: daß dieser Punkt ganz einfach eine konsequente Anwendung der Parteiforderung nach vollständiger Gewissens-, Denk- und Redefreiheit ist; daß also, um der sozialdemokratischen Partei beizutreten, keiner seine religiösen Ansichten aufgeben braucht; daß dieser Punkt selbstverständlich nicht als irgend eine Einschränkung des Rechts der einzelnen Parteigenossen, über religiöse Fragen zu diskutieren, betrachtet werden kann; daß er aber auch eine Mahnung an alle Parteimitglieder in sich schließt, in solchen Debatten nicht mit Hohn und Verleumdung religiös gesinnter Personen und ihrer Ueberzeugung einzugreifen, was ja auch keine eines Sozialdemokraten würdige Art des Diskutierens ist, und schließlich, daß dieser Programmpunkt von den Parteimitgliedern fordert, daß sie allem in der Gesellschaft herrschenden religiösen Zwang energisch entgegenarbeiten, wobei der Parteitag als eine immer mehr aktuelle Forderung die Trennung der Schule von der Kirche herbeiführt.“

Hinsichtlich der Arbeiterschutzgesetzgebung sprach der Parteitag sein Bedauern darüber aus, daß der schwedische Reichstag das internationale Übereinkommen zur Einschränkung der Frauennachtarbeit ablehnte. Zur Alkoholfrage, über die das Parteiprogramm bis jetzt im wesentlichen besagt, daß die Rührerechtsbewegung gefördert werden soll, wurde folgender Punkt beschlossen:

„Besämpfung des Alkoholismus durch Unterricht an allen öffentlichen Schulen über die Natur und die Wirkungen des Alkohols auf das Individuum und die Gesellschaft, sowie eine Gesetzgebung, die durch das „lokale Veto“ (Alkoholverbot durch Gemeindebeschluss) und durch andere wirksame Maßregeln zur Lösung der Alkoholfrage führt.“

Außerdem wurde an die Parteipresse die Mahnung gerichtet, die Annoncen über berauschende Getränke so bald wie möglich zurückzuweisen.

Die Wahlen der Parteileitung hatten in der Hauptsache folgendes Ergebnis: Parteivorstandender Hjalmar Branting, Sekretär und Kassierer E. O. L. Widmann; Geschäftsführender Ausschuss: S. Lindquist, A. Weidenhain, C. R. Carlsson, Ernst Söderberg und V. Lindbäck.

Generalversammlung des Zentralverbandes der Hütten- und Hüttenhilfsarbeiter Deutschlands.

Kassel, 15. Juni 1908.

Der Verbandsvorsitzende Winkelmann eröffnete den Verbandstag, indem er einen Rückblick auf die Entwicklung des Verbandes wirt. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten werden die Kollegen Gröger und Winkelmann mit Führung der Geschäfte beauftragt. Es sind 40 Delegierte und 5 Verbandsfunktionäre anwesend. Die Tagesordnung des Verbandstages erstreckt sich auf Agitation und Regelung innerer Verbandangelegenheiten. Zunächst wurden als Delegierte zum Gewerkschaftskongress gewählt: Winkelmann, Gröger und Seel. In Zukunft soll die Wahl zum Gewerkschaftskongress in den Jahrestellen vorgenommen werden. Um die eingegangenen Wahlproteste und Beschwerden schnell zu erledigen, wird die Beschränkungskommission beauftragt, sofort mit ihren Arbeiten zu beginnen. Von verschiedenen Jahrestellen ist beantragt, den Punkt „Anschluss an den Holzarbeiterverband“ auf die Tagesordnung zu setzen. Es wird demgemäß beschlossen. Auch der „Beingehewerwurf“ soll als Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung kommen.

Den schriftlichen Bericht des Vorstandes ergänzen die Kollegen Winkelmann und Thierfelder.

Die Mitgliederzahl des Verbandes ist in der Berichtsperiode um 1162 gestiegen und beträgt zurzeit 7010, die in 160 Jahrestellen vereinigt sind.

Die Anstellung des besoldeten Gauleiters für den Rhein- und Maingau hat sich gut bewährt. Der Verband hat nicht nur an Mitgliedern gewonnen, sondern auch bei Lohnkämpfen und Tarifabschlüssen besser wie früher abgeschnitten, auch der Kampf gegen das mittelalterliche System des Kost- und Logiswesens konnte erfolgreich aufgenommen werden.

Die in München beschlossene Einführung der Erwerbslosenunterstützung hat sich gut bewährt.

Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne Arbeitseinstellung fanden statt: Im Jahre 1906 51 in 314 Betrieben; an denselben waren beteiligt 8204 Kollegen. Es endeten erfolgreich 34 mit 1824 Beteiligten, mit teilweisem Erfolge 15 mit 1130 Beteiligten. In 2 Fällen wurden die Forderungen zurückgezogen und der Auszug auf eine günstigere Geschäftslage der in Betracht kommenden Betriebe verzagt. Das Jahr 1907 brachte 81 Bewegungen in 152 Betrieben mit 934 Beteiligten. Es endeten mit vollem Erfolg 14 mit 619 Beteiligten, mit teilweisem Erfolge 17 mit 265 Beteiligten. Durch diese Bewegungen wurden erreicht für jeden Beteiligten durchschnittlich 8 1/2 Stunden Arbeitsverkürzung pro Woche und eine Lohnerhöhung von 2,35 %, außerdem wurden in 25 Fälle korporative Arbeitsverträge für 1048 Kollegen abgeschlossen. Die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung brachten ebenfalls Lohn erhöhungen und Arbeitsverkürzungen, erstere für 1272 und letztere für 861 Kollegen. Ferner fanden 4 Ausprägungen statt, die teils erfolgreich, teils erfolgreich endeten. Die Kosten für Streiks und Lohnbewegungen betragen insgesamt 144 002,57 M. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse des Verbandes betrug während der Berichtszeit 504 708,21 M., dem sich eine Ausgabe von 470 056,81 M. entgegenstellte. Für Agitation wurden 714 800 M. gebraucht. Die Erwerbslosenunterstützung wurde zur Hauptsache von den Jahrestellen geregelt und gelangte dort die Summe von 133 556,87 M. zur Auszahlung.

Verbandstag der Blumen- und Plätterarbeiter und Arbeiterinnen.

Die Organisation hielt am 8. und 9. Juni in Demitz (Sachsen) ihren 8. Verbandstag ab. Beritren sind die Orte Berlin, Dresden, Neustadt, Leipzig, Sebnitz, Schmöln. Wie der Kassierer Jergang berichtete, haben sich die Kassenverhältnisse dieser noch jungen Organisation bedeutend verbessert, jedoch ist unter den weiblichen Mitgliedern noch ein bedeutendes Arbeitsfeld vorhanden. Mit den französischen Blumenarbeiterinnen sowie mit den österreichischen im Puffsch beschäftigten Kollegen ist eine Verständigung versucht worden, vorläufig jedoch ohne besonderen Erfolg. — Die Generalversammlung beschloß auf Antrag von Berlin die Einführung von Sterbegeld, und zwar in Höhe von 20 bis 60 M. für männliche und 15 bis 35 M. für

weibliche Mitglieder, abgestuft nach der Zahl der geleisteten Beiträge. Sie tritt am 1. Juli in Kraft. — Als Vorsitzende wird Frau Jhrer und als Kassierer Jergang wiedergewählt, Schriftführer wird Sinn-Werlin.

Zur Frage der Heimarbeit, die in dieser Branche eine besonders unheilvolle Rolle spielt, konstatiert der Referent Reichold-Sebnitz, daß dieselbe in der Blumen-, Plätter- und Federindustrie nicht abnimmt, sondern eine immer stärkeren Anwendung findet und besonders dadurch ungeheuren Schaden anrichtet, daß die Frauen und vor allem die Kinder im zartesten Alter zur Heimarbeit herangezogen werden. Der Referent fordert vor allem unausgesetzte öffentliche Kritik der bestehenden Verhältnisse und rücksichtsloses Vorgehen gegen die Uebertreter der Schutzbestimmungen. Als Schutzmaßregeln müssen in erster Linie vorgeesehen werden, daß

1. Die sogenannten Vorarbeiten, wie Drücken, Pressen usw., nicht in Wohn-, Schlafzimmern und Küchen angefertigt werden dürfen;

2. Die Zwischenmeisterinnen die gleichen Löhne zu zahlen haben, wie sie für dieselben Artikel in der Fabrik festgesetzt sind;

3. Die Wartezeit an den Lieferstellen gleich der Arbeitszeit anzurechnen ist, wenn sie über eine halbe Stunde hinausgeht;

4. Alle Werkzeuge und Arbeitsmittel zur Fabrikation vom Fabrikanten unentgeltlich gestellt werden;

5. Die Durchführung der Gesetzesbestimmungen zum Schutze der Kinder und jugendlichen Personen schärfer zu überwachen sind.

Am zweiten Verhandlungstage gab Frau Jhrer einen Ueberblick aus dem badischen Gewerbeinspektionsbericht über die Lage der Pulverindustrie in Baden, wo sich die verdienten Löhne durchweg unter den gesetzlich festgelegten Tagelöhnen halten. Besonders sei hierbei zu beachten, daß diese Löhne nicht von einer Person allein verdient werden, sondern immer mehrere Personen dazu herangezogen werden müssen. — Ueber die Fortschritte der sozialen Gesetzgebung sprach gleichfalls Frau Jhrer. Sie kennzeichnete die Wohltaten der Unfallversicherung und hob hervor, wie sich jetzt die Regierung bemühe, auch die Krankenlosen noch mehr unter ihre schützenden Fittiche zu nehmen. Ferner wies Rednerin noch auf die Leistungen im Unterstützungswesen der Gewerkschaften hin. Die Arbeiterschaft müsse nach wie vor auf dem Posten sein, damit es mit der Arbeiterschutzgesetzgebung vorwärts gehe. — In der Diskussion wird u. a. allseitig betont, daß es unbedingt notwendig sei, alle Heimarbeiter der Krankenversicherung zuzuführen und die Wdnerinnenunterstützung besser auszubauen. Weiter wird erwähnt, daß bezüglich der Verarbeitung von großen Mengen Spiritus und Schwermetallen, die eine große Feuergefahr bilden, jegliche Schutzmaßregeln fehlten, wie überhaupt die Gewerbeaufsicht mangelhaft sei.

Bezüglich der Agitation unter den Heimarbeitern wird die Generalkommission ersucht, kleinere Gewerkschaften, die viel mit Heimarbeit zu tun haben, finanziell zu unterstützen, speziell auch bei der Aufnahme von statistischem Material und zur Verbreitung von Hausagitation. Außerdem zeitigte die Debatte noch eine große Menge Anregungen betreffs Agitation unter den Arbeiterinnen im Federn- und Blumenpuffsch.

Metallarbeiter-Konferenzen.

Graveure und Ziseleure.

Im Metallarbeiterverbandshause tagte am Montag eine Konferenz der dem Verbands angehörenden Graveure und Ziseleure. Anwesend waren 20 Delegierte aus 18 Städten Deutschlands. Die Konferenz war einberufen worden, um den Graveuren und Ziseleuren Gelegenheit zu geben zur Besprechung ihrer besonderen Berufsangelegenheiten und zum Austausch ihrer Erfahrungen und Wünsche in bezug auf Agitation und Organisation.

Nachdem Massatsch-Stuttgart als Vertreter des Hauptverbandes der Konferenz eröffnet und Cohen die Delegierten namens der Berliner Ortsverwaltung begrüßt hatte, sprach Ernst Brückner-Stuttgart über den gegenwärtigen Stand der Organisation nach dem Anschluss an den Metallarbeiterverband. Der Redner führte unter anderem aus: Der im Jahre 1896 mit 600 Mitgliedern ins Leben getretene Verband der Graveure und Ziseleure trat im Oktober 1907 in den Metallarbeiterverband ein. Er hatte damals 2480 Mitglieder, von denen 2008 den Anschluss mitmachten. Ein kleiner Teil blieb also abwärts stehen. Die Uebergetretenen sorgten für den Ausbau und die Ausbreitung der Organisation mit dem Erfolge, daß die Branche der Graveure und Ziseleure am 1. Januar 1908 bereits 2880 Mitglieder zählte. Die gewerkschaftliche Betätigung der Kollegen sei eine gute. Mit den Resultaten, welche nach dem Anschluss erzielt wurden, könne man zufrieden sein. Der Redner machte Vorschläge zum weiteren Ausbau der Organisation. Er empfahl die Einsetzung tüchtiger Branchenleiter in allen Orten, regelmäßige Abhaltung von Branchenversammlungen, Besprechung der Vertrauensleute, Kontrolle über die am Orte vorhandenen Mitglieder, Beobachtung aller Vorkommnisse im Lager der Unternehmer, stete Fühlung mit der Verbandsleitung usw. — Die weiteren Ausführungen des Redners, ebenso der größte Teil der Diskussion hatten interne Berufsangelegenheiten zum Gegenstand. Im übrigen waren die Redner alle darin einig, daß die Interessen der Graveure und Ziseleure im Metallarbeiterverband in durchaus befriedigender Weise vertreten werden. Die Kollegen hätten sich wohl zum Teil noch nicht recht an die neue Organisation und deren Einrichtungen gewöhnt, aber sie würden sich einleben und seien zufrieden mit den Resultaten, die nach dem Anschluss und durch denselben erreicht worden sind. Nicht nur die Mitgliederzahl habe sich vermehrt, sondern die Organisation habe auch Fuß gefasst in verschiedenen Städten, wo vor dem keine Mitglieder vorhanden waren. Bei reger Mitarbeit der Kollegen würden noch weitere Erfolge erzielt werden.

Angenommen wurde folgende Resolution:

„Die Konferenz der im Deutschen Metallarbeiterverbande organisierten Graveure und Ziseleure ersieht aus der Zahl der dem Deutschen Metallarbeiterverbande angehörenden Kollegen, daß der Uebertritt vom Graveurverband in den Deutschen Metallarbeiterverband sich in befriedigender Weise vollzogen hat. Die Befürchtungen einzelner Kollegenkreise, daß durch den Uebertritt eine Schwächung der Berufsinteressen eintreten könnte, haben sich nicht erfüllt. Durch den festen Zusammenschluß ist die Möglichkeit einer wirksamen Interessenvertretung gegeben, wenn alle Berufscollegen ihre Pflicht erfüllen.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Organisation der Arbeitgeber und welche Maßnahmen sind demgegenüber zu treffen? führte Brückner aus: Der Bund selbständiger Graveure und Ziseleure, die Organisation der Arbeitgeber des Gewerbes, habe 360 Mitglieder in elf Städten. In diesen Städten gebe es 890 Meister- und 205 Fabrikbetriebe. Viele Arbeitgeber gehören also dem Bunde noch nicht an. Da aber die Organisation der Arbeitgeber bestehe, so würden sich die Kollegen die Frage vorzulegen haben, ob es wünschenswert sei, mit derselben zu Vereinbarungen über die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu kommen. — Diese Frage wurde auch in der Diskussion nach verschiedenen Seiten hin erwohnen und darauf verwiesen, daß gegenwärtig sowohl die Gehältern als auch die Meisterorganisation jede einen eigenen Zentralarbeitsnachweis haben, was weder zweckmäßig, noch förderlich für eine gute Arbeitsvermittlung sei.

Ferner wurde es als notwendig bezeichnet, der ausgedehnten Lehrlingszucht und Lehrlingsausbeutung, die bei Kleinmeistern des Gewerbes betrieben wird, entgegenzutreten. — Folgende Resolution wurde angenommen:

„Da die bestehende Zersplitterung in der Arbeitsvermittlung durchaus nicht im Interesse des Berufes liegt, schließt sich die Konferenz der Gehältern der Anregung eines Nürnberger Arbeitgebers an, eine paritätische Arbeitsvermittlung auf der Grundlage des

bestehenden Nürnberger paritätischen Arbeitsnachweises anzustreben.“

Eine kurze Erörterung über vorzunehmende statistische Erhebungen über die Lage der Berufsangehörigen beschloß die Konferenz.

Die Gold- und Silberarbeiter,

welche im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, stellten am Dienstag eine von 23 Delegierten aus 15 Städten besuchte Berufskonferenz ab. Diese beschäftigte sich ausschließlich mit der Besprechung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, der Gestaltung der Organisation und der zukünftigen Taktik. — Nach den Ausführungen des Referenten Steinmeyer-Pforzheim hat die Arbeiterorganisation in der deutschen Edelmetallindustrie, die ihren Hauptsitz in Hanau, Pforzheim, Gmünd und einigen anderen Orten Südwestdeutschlands hat, in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht. Gold- und Silberarbeiter waren im Metallarbeiterverband, der als einzige Organisation für hier in Betracht kommt, organisiert:

im Jahre 1901	1858 Mitglieder
1902	1613
1903	1450
1904	1599
1905	2061
1906	9510
1907	13067

Das starke Anwachsen der Organisation hat die Hoffnungen und Erwartungen, welche man vor einigen Jahren hegte, weit übertraffen, und wie die Zahlen dartun, ist auch nach der erfolgreichen Lohnbewegung im Jahre 1906 der erwartete Mitgliederzustand nicht eingetreten. Als Folge der Lohnbewegung sind im Jahre 1906 tarifliche Vereinbarungen in Hanau und Pforzheim getroffen worden, deren wesentlichstes die allgemeine Festlegung der neunstündigen Arbeitszeit und eine Lohnaufbesserung ist. Durch diese Vereinbarungen haben die Unternehmer die Arbeiterorganisation anerkannt. Auf der anderen Seite hat sich aber, ebenfalls als Folge der Lohnbewegung, aus den früheren Lokalvereinen der Unternehmer eine Zentralorganisation der Unternehmer in der Edelmetallindustrie gebildet. In dieser Organisation gibt es neben einschlägigen zu Verhandlungen mit den Arbeitern bereiten Mitgliedern auch scharfmacherische Elemente, denen man zu vertrauen kann, daß sie darauf hinarbeiten, bei passender Gelegenheit die Jugendschicht von 1906 wieder rückgängig zu machen. Um eine strikte Einheitsfront in der gewerkschaftlichen Tätigkeit durchzuführen, schlug der Referent vor, daß eine Zentralstelle für die Edelmetallindustrie geschaffen werde, an die die einzelnen Orte alles für die gewerkschaftliche Bewegung in der Industrie wichtige Material zu senden haben. Besonders müsse darauf geachtet werden, daß keine Jahrestelle der Gold- und Silberarbeiter mit Forderungen vorgehen dürfe, ehe nicht die übrigen Jahrestellen des Industriebezirks davon Kenntnis erhalten und dazu Stellung genommen haben. Man müsse sich vorläufig darauf beschränken, das Errungene festzuhalten und auszubauen.

In der Diskussion, die eine sehr ausgedehnte und rege war, stellten sich die meisten Redner hinsichtlich der einzuhaltenden Politik rücksichtslos auf den Standpunkt des Referenten, den auch Massatsch als Vertreter des Hauptverbandes einnahm. Einen oppositionellen Standpunkt vertraten die Delegierten aus Hanau. Sie verlangten, daß eine Bewegung zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingeleitet werde und beantragten, es solle gefordert werden: Ein Mindestlohn von 24 Mark, Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in allen Betrieben der Edelmetallindustrie Deutschlands, Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises und Bewahrung der Vergünstigung des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches. — Mit diesen Anträgen, wie überhaupt mit ihrem Standpunkt, blieben die Vertreter von Hanau völlig isoliert.

Die Pforzheimer Unternehmer haben, wie der Referent sagte, das Gerücht verbreitet, die Hanauer Arbeiter wollten in diesem Jahre die Forderung des Achtstundentages stellen. — Die Hanauer Vertreter bezeichneten dieses Gerücht als jeder Grundlage entbehrend.

Weiter wurde in der Diskussion die vom Referenten aufgeworfene Frage der Schaffung einer Zentralstelle für die Bewegung in der Edelmetallindustrie besprochen. Während einige Redner die Zentralstelle in Pforzheim oder einem anderen Orte des Industriebezirks errichtet sehen wünschten, wurde vom Vorstand die Ansicht vertreten, daß der Hauptvorstand auch für diesen Zweck die geeignete Zentralstelle sei.

Die nachstehende, von Massatsch eingebrachte Resolution wurde mit allen gegen die Stimmen der Hanauer Delegierten angenommen. Cohen bemerkte dazu, wenn die Resolution auch nicht einstimmig angenommen wurde, so ist sie doch für alle bindend. (Zustimmung.)

Die Hanauer Entwürfe wurden dem Vorstande als Material überwiesen.

Die angenommene Resolution lautet:

„In Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse der Gold- und Silberindustrie und der auf zentralistischer Grundlage geschaffenen Organisation der Unternehmer, die die Verbindung und Verständigung derselben ermöglicht, hält es die am 16. Juni in Berlin im Verbandshause tagende Konferenz der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Gold- und Silberarbeiter für notwendig, bestimmte Grundzüge aufzustellen, deren Befolgung allen für diese Berufskreise maßgebenden Verbandsfunktionären zur Pflicht gemacht wird:

1. muß eine möglichst innige Verbindung aller Orte der Gold- und Silberindustrie hergestellt werden. Um dies zu ermöglichen, werden die Verbandsfunktionäre verpflichtet, alle wichtigen Vorgänge sowie wichtige Mitteilungen, die für diese Industrie und unsere Organisation von Bedeutung sind, den in Betracht kommenden Verbandsinstanzen zuzuführen.

2. dürfen die Kollegen eines Ortes oder Betriebes, bevor sie sich nicht mit den maßgebenden Verbandsinstanzen verständigt und Fühlung mit den in Betracht kommenden Orten genommen haben, keine Angriffsbewegungen einleiten. Auch bei Abwehrbewegungen ist nach Möglichkeit eine Verständigung mit den in Betracht kommenden Orten zu suchen.

3. Um die Agitation und alle sonstigen sich notwendig machenden Maßnahmen wirksam zu gestalten, ist möglichst Vorzicht zu empfehlen, was nur durch die innigste Verständigung erreicht werden kann.

4. Zur Sicherung des für diesen Beruf in Betracht kommenden und für die Agitation verwertbaren Materials beauftragt die Konferenz den Vorstand, der infolge der ebenfalls vorhandenen internationalen Verbindungen am geeignetsten ist, dieses Material zu bearbeiten und im Interesse der Berufscollegen zu veröffentlichen.“

Aus Industrie und Handel.

Konzentration im Schiffsbau.

Der Unternehmer, der auf eigenem Schiff über Meer fährt, an fremden Küsten seine Waren einauft und Schiffer, Redner und Kaufmann in einer Person verkörpert, ist längst verschwunden. Als Mitte des vorigen Jahrhunderts die Reichsicherheit des Seeverkehrs gewährleistet war, setzte eine Vergesellschaftung ein. Die Warten-gewerderei entstand. Zum Zwecke der gemeinschaftlichen Anschaffung eines oder mehrerer Schiffe wurden Gesellschaften von Mitreederen gegründet, an deren Spitze gewöhnlich der Korrespondentredner stand, der die Geschäfte zu leiten hatte. Diese Mitreeder waren meist kleine Leute, Bewohner der Hafenstädte, die sich von der Teilnahme an der Warten-gewerderei eine gute Kapitalverzinsung versprachen, oder auch Schiffshandwerker, die durch Eingabe ihrer Ersparnisse oder ihres Lohnes vor allem eine Veranschlagung ihrer Person bei notwendigen Reparaturen, Reubauten und Lieferungen aller Art versprachen. Mit dem Aufstehen der

Gründer und Spekulant wurden diese kleinen Leute aus den Parteienbetrieben vertrieben und dafür großkapitalistische Aktien-gesellschaften geschaffen.

Wie sich die Trustbildungen durchgesetzt haben, geht aus einer Darstellung hervor, die kürzlich S. Naumann in Singheimers technisch-wirtschaftlichen Monographien gegeben hat.

Den Besitzstand und die Betriebsgrößen der gesamten deutschen Handelsflotte auf See zeigt danach folgende Tabelle:

Zahl der Gesellschaften	Beitz in Tonnentonnen
Mit mehr als 100 000 T. = 3	860 211
50 bis 100 000 „ = 4	289 441
25 „ 50 000 „ = 10	283 494
10 „ 25 000 „ = 25	809 507
Unter „ 100 000 „ = 951 Reeder	751 372
115 Aktiengesellsch.	
28 W. m. b. H.	

Es gehören also 60 Proz. der gesamten Handelsflotte 7 Gesellschaften und 80 Proz. sind in den Händen von 39 Unternehmern.

Die beiden größten Reedereien Deutschlands sind die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, die mit ihrer Flotte von mehr als 1 200 000 Tonnent die mächtigste nationale Reedereivereinigung überhaupt darstellen. Ihre Einnahmen stiegen zum größten Teil in eine gemeinsame Kasse. Beide Gesellschaften sind seit der Zeit ihres Bestehens darauf bedacht gewesen, durch Verabredungen und Fusionen ihren Wirkungsbereich zu erweitern. Beispiele von Fusionen, oft selbst mit nachfolgender Ueberkapitalisierung, — gibt vor allem die Hamburg-Amerika-Linie. Bei seiner ausgezeichneten Lage zum Weltmeer (im Jahre 1904 betrug die Zahl der angekommenen und abgegangenen Schiffe 25 665 mit 18 959 000 Registrier-tonnen) und seinem Reichtum war Hamburg besonders dafür geeignet, den Großreedereibetrieb durchzuführen. Hier hat denn auch besonders ein heftiger Konkurrenzkampf mit den älteren Betrieben begonnen, der schließlich mit der Auffaugung der Schwächeren enden mußte. So kaufte die Hamburg-Amerika-Linie in den letzten 30 Jahren allein 6 Gesellschaften mit zusammen 41 großen Ueberseedampfern auf.

Den deutschen Gesellschaften steht die aus amerikanischen und englischen Reedereien gebildete „Internationale Merantile Marine Company“ mit einem Gesamtkapital von circa 680 Millionen Mark als geschlossene Macht gegenüber. Sie verfügt über 1 034 884 Tonnent. Aber beide Parteien sind wiederum durch Verträge verknüpft, die vorläufig auf 20 Jahre festgesetzt sind. Diese beziehen sich in der Hauptsache auf ein Bündnis gegen Konkurrenz auf allen Teilen der Erde und grenzen die Hauptarbeitsgebiete der einzelnen Parteien streng gegen einander ab. Danach bleiben die deutschen Häfen den Deutschen und das England-Amerika-Verkehrsgeschäft dem Trust. 75 mal jedoch darf sowohl die Hamburg-Amerika-Linie wie der Norddeutsche Lloyd zur Aufnahme von Passagieren auf der Fahrt von oder nach Amerika britische Häfen anlaufen. Die Einrichtung neuer Linien beziehungsweise eine wesentliche Verstärkung der bestehenden ist von beiden Parteien dem gemeinsamen Ausschuss mitzuteilen. Die andere Partei hat dann ohne weiteres das Recht, sich mit einem Drittel an dem neuen Unternehmen zu beteiligen. Die Vereinigung hat auch eine gegenseitige Gewinnbeteiligung. Ein Viertel der Summe, die die deutschen Gesellschaften als Dividende ausschütten, gehört dem Trust, 6 Proz. der Summe, die einem Viertel ihres Aktienkapitals entspricht, erhalten die deutschen Gesellschaften vom Trust vergütet.

Dah natürlich von diesen Trustgesellschaften auch mit der gleichen Rücksichtslosigkeit der Interessenkampf den Arbeitern gegenüber geführt wurde, ist selbstverständlich. In einer letzten Stunde hat einmal der Führer der dortigen Kapitalmagnaten, Vallin, ausgeführt, daß für den Unternehmer der Standpunkt als der beste und glücklichste anzusehen ist, wenn einer starken Organisation der Unternehmer eine gleichfalls starke Organisation der Arbeiter gegenüber steht. Der Unternehmer kann heute nicht mehr auf dem Grundfuß beharren, daß er nur mit seinen eigenen Leuten persönlich zu tun haben wolle; wenigstens in größeren Betrieben ist das nicht mehr möglich.

Leider hat Vallin und seine Getreuen im Gegensatz zu dieser Anerkennung von Arbeiterrechten die gewerkschaftlichen Organisationsbestrebungen mit dem gleichen Herrnmüt niederkürungen versucht wie die „Herren im Hause“ anderer Industriegebiete. Die kapitalistische Entwicklung hat eben überall die gleichen Verhältnisse und die gleichen Erscheinungsformen geschaffen und erzeugt auch überall in den Köpfen der Unternehmer den gleichen Großmachtgötter.

Der Zollschutz der dänischen Zuckersabrikanten. Der neue dänische Zolltarif hat die Zuckersabrikation Dänemarks mit so hohen Zöllen umgeben, daß es für das Ausland unmöglich sein wird, mit der einheimischen Produktion zu konkurrieren. Eine große Millionengesellschaft beherrscht nun fast ganz allein den Markt, bestimmt die Preise und beutet die Bevölkerung nach Herzenslust aus. Der neue Zolltarif hat eine wilde Spekulation in Zuckerkartons mit sich gebracht; ihr Kurs ist plötzlich von 170 auf 230 gestiegen. Dabei hat diese Gesellschaft schon seit einer Reihe von Jahren Gewinne von 30 bis 40 Proz. ergeben. Nun hoffen die Aktionäre noch mehr zu „verdienen“. Aber der Vorstand beschloß, für dieses Jahr „nur“ 17 Proz. Dividende zu verteilen und daneben eine Million Kronen dem Reservefonds zu überweisen. Man wollte dadurch einer weiteren Kurssteigerung vorbeugen und jedenfalls auch dafür sorgen, daß das Publikum nicht allzu aufmerksam auf die unverschämten Profite wurde. Die Aktionäre sind jedoch erboht über die ungewohnt niedrige Dividende und suchen den Vorstandsbeschluß umzuwerfen. Inzwischen kommt die Nachricht, daß eine deutsche Aktien-gesellschaft, die über viele Millionen verfügen soll, auf Plänen eine große Zuckersabrik anlegen will. Die dänischen Zuckersabrikanten haben seinerzeit nach starkem Zollschutz geschrien, um die Auslandskonkurrenz zu beseitigen. Nun können also deutsche Zuckerkapitalisten, um ihnen im eigenen Lande den Profit freitig zu machen.

Die dänischen Zuckerkapitalisten beuten übrigens auch ihre Arbeiter unverschämte aus. Nur durch schwere Kämpfe ist es den Arbeitern hier und da gelungen, geringe Lohnerhöhungen durchzusetzen. In zwei Fabriken auf der Insel Seeland suchte man den Arbeitern ohne weiteres die vertraglich festgelegten Löhne zu kürzen. Die Arbeiter klagten beim Schiedsgericht, und die Unternehmer wurden verurteilt, ihnen 600 Kronen Schadenersatz zu zahlen.

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht 1907 der Landesorganisation der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz, 40 Ust. Buch-druckerei „Goldkristall“ in Zürich.
Ottomar Enting, Das Sofa auf Nummer 6. Anna Croifants-Rust, Einzelquartett. Eine komische Kleinstadgeschichte. Verlag von Georg Müller, München-Leipzig.

Für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 17. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Wallre.
(Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Gold-fische.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Wittelgrün.
Kammertheater. Jugendwächter.
Unterseeboot.
Leipzig. Der Hund der Sabine-rinnen.
Neues. Nächte im Hampton-Club.
Neues Schauspielhaus. Die Dolchsprünge.
Kleines. 2 x 2 = 5.
Berliner. Raffel.
Römische Oper. Der Rosenkranz.
Schauspielhaus. Die blaue Maus.
Schiller O. (Walner-Theater.)
Reichshallen.
Schiller Charlottenburg. Dine Geld.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schau-spielhaus. Der ungläubige Thomas.
Thalia. Der Selbstmörderklub.
Weiden. Ein Holztraum.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Luffen. Im Goldland.
Trionon. Frau Carotta.
Bernhard Hofe. Am Altar.
Wierwipol. Das muß man seh'n.
Avefle. Die sieben Grisen. Spe-zialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Pasinge. Spezialitäten.
Carl Haberlaub. Spezialitäten.
Edelhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Hronia. Taubentruhe 18/19.
Abends 8 Uhr: Die struppigen Beife.
Straßware. Invaldenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Hopfenraths Erben

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von César Strauß.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Der ungläubige Thomas.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Der ungläubige Thomas.
Freitag: Am weißen Hügel.
Sonnabend: Der Stadtrompeter.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Luisen-Theater.
Reichsberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Im Goldland.
Donnerstag: Im Goldland.
Freitag: Die Stimme des Blutes.
Sonnabend: Die Stimme des Blutes.
Sonntag nachm. 8 Uhr: Der Gärten-derlicher. Abends: Die Stimme des Blutes.
Montag: Goldland.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Walner-Theater).
(Wormis-Ober.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.
Romantische Oper in 3 Akten von Carl Maria v. Weber.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Carmen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Marie, die Regimentstochter.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ohne Geld.
Schauspiel in fünf Aufzügen von Fedor v. Bobelitz.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialsekretär.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Die Krupp'schen Werke.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte —

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 35, an der Luisenstr.
Sommerprelle. Anfang 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Am Altar.
Seltene in 4 Akten von Paul Blumenreich.
Bischofspreis.

WINTER GARTEN
Neues Programm
von Publikum u. Presse glänzend beurteilt.

The Trappell-Family, weibliche Akrobaten. Florence u. Lillian, musik. Produkt. Robla, komischer Jongleur. Lily Flexmore, akrobatische Tänzerin. Mlle. Juliette, dressierte Seelöwin. Tan Kwal Troupe, Chinesen. Therese Renz, Reit-namer. Doherty Sisters, amer. Sängerinnen u. Tänzerinnen. The Bounding Gordons, amer. Akrobat. Ferry Corwey, musik. Clown. Trombetas, italienisches Gesangs- und Tanz-Duett. Der Biograph. Sämtliche Billets zur heutigen Vorstellung bereits vergriffen.

Metropol-Theater
Zum 270. Male:
Das muß man seh'n.
Neue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Planchen gestaltet.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese
aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr: Die neuen Attraktionen.
9 1/2 Uhr: Die süßen Grisen.
10 1/2 Uhr: Wiener Festzug
anlässlich d. Jubiläums Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich.
10 1/2 Uhr: Bert Bernards Compagnie:
Ein Abend in einem ameri-kanischen Singel-Cangel.

Passage-Theater.
Der größte
Saisonserfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen
und die
neuen Juni-Spezialitäten.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16
Wieder durchschlagender Erfolg:
der 21. Nummer des neuen Progr.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das ehrliche Berlin.
Kaffeez. Anf. 6 Uhr. Entr. 30 Pf.
Sonnabend, 20. Juni: Gr. Exta-Vorstellung: Er muß auf's Land oder: Der lustige Weemann.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 143.
Täglich:
Spreelottchen.
Vollständig aus dem Berliner Leben.
Dazu
erschließliche Spezialitäten.
Im Saale von 5 Uhr ab:
Tanz.
Sanssouci, Kothaus
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonn- und Montag und
Donnerstag:
Stürmischer Erfolg!
Berliner Sänger
Sied neues Programm.
Tanzkränzchen.
Beg. Sonnt. 5, wochentl. 8 U.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg.
Fremdsprecher Nr. 8.
Frankfurter
Chaussee 5.
Jeden Mittwoch:
Großes Militär-Konzert
ausgeführt von der Jugendwehr.
Soiree der Apollo-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.

Schweizer Garten.
Am Königsplatz, Am Friedrichshain 29/32
Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 59, 62,
63, 74 und 9.
Täglich: Theater-
u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Zum Schluss abends 10 Uhr:
Wie einst im Mai
Vollständig mit Gesang in 2 Akten.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 70/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtvierteln.
Ob schön! Kommen! Sehen! Staunen! Ob Regen!
Täglich:
Das größte u. beste Programm Berlins.
Ihr Attraktionen, u. a.: Zum erstenmal in Europa:
Das größte Weltstück des Erdballs! Von der gesamten ameri-kanische als d. größte Weltwunder bezeichnet: The great Simpson.
Der Schächer des Todes. Ein bezahlter Selbstmordhandbat!
Gr. Ball. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.

Wichtig für Kranke und Schwache
tausende wurden gesund.
Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Ich litt schon einige Jahre an lurchbar quälenden Magen- und Verdauungsstörungen, Kipptlosigkeit, Schlaflosigkeit, großer Schwäche des ganzen Körpers und Abmagerung, so daß es mit meinen Kräften immer mehr zu Ende ging. Durch den nur kurzen Gebrauch des Lamjehder Stahlbrunnens bin ich von allen Beschwerden befreit worden.“ — „Hierdurch sage ich der Verwaltung des Lamjehder Stahlbrunnens herzlichsten Dank für den ausgezeichneten Heilbrunnen. Infolge einer schweren Krankheit mit großem Blutverlust war meine Frau so heruntergekommen, daß ich glaube, sie zu verlieren. Sie konnte nicht mehr schlafen, nicht essen, vor Schwäche nicht mehr auf den Füßen stehen und wurde oft ohnmächtig. Meine Frau ist nur durch diesen Brunnen mir und meinem Kinde erhalten.“
Darm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, verschied. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten wie Ankyra usw. — Probenkostenlos durch: Lamjehder Stahlbrunnen in Düsseldorf S. 164.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Variétésterne.
Büchlein von Reichshallen.
Saharet.
Britton als Isadora Duncan.
Anf. Bodenstags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Neue Welt.
Hasenheide 106-114.
Jeden Mittwoch:
Kinder-Freudenfest.
Puppentheater, Bonbonregen,
Kinder-Fackelzug.
Gratisverlosung:
1. Preis für Knaben:
1 silberne Herrenuhr.
1. Preis für Mädchen:
1 silberne Damenuhr.
Gr. Doppel-Konzert u.
Spezialitäten-Vorstellung.
Tanz-Réunion.
Anf. 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Jeden Donnerstag:
Großes Brillant-Feuwerk.

Max Kliems
Sommer-Theater.
— Hasenheide 13-15. —
Wirtst. Leitung: Bernhard Laage.
Täglich: Großes Konzert, Theater-
und Spezialitäten-Vorstellung.
Mittwoch: Kinderfest.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bel. schiedl. Bildungen i. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang d. Gartenkonzerts 5 Uhr.
Kleine Preise.

Nach Wernsdorfer Schleuse
Große Dampfer-Extrafahrten
Jeden Montag, Mitt- woch, Donnerstag
Din u. gerich 50 Ust. } mit Musik
ab Schillingsbrücke } nachmittags 3 Uhr.
Dazu ladet freundlich ein Paul Schwedler (vorm. Karl Plohl)
Restaurant am Oder-Spree-Kanal. 34142

Rauchen Sie
Phänomen
Cigaretten.
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

SPREE HAVEL Stern DAMPFSCIFFFAHRT-GESELLSCHAFT POTSDAM

Billige Dampfer-Sonderfahrten.

Abfahrt: Jannowitzbrücke (Belvedere), Brandenburger Ufer (zw. Jannowitz- u. Waisenbrücke).

Jeden Montag	9 u. 2 Uhr nach	Waltersdorfer Schleuse	Fahrpreis hin und zurück früh 75, nachmittags 50 Pf.
Dienstag	9 u. 2 " "	Teupitz (2,00 M.)	Kinder 40, bzw. 25 Pf.
Mittwoch	9 u. 2 " "	Waltersdorfer Schleuse	Rückfahrt 8 Uhr (von Teupitz 4,50).
Donnerstag	9 u. 2 " "	Hessenwinkel	Fahrpreis nach Teupitz 2,00 M.
Freitag	9 u. 2 " "	Waltersdorfer Schleuse	einf. Fahrt 70 Pf.
Sonntag	10 " "	Schmökowitz	

Abfahrt Potsdam: (Eisenbahnhotel.) Jeden Montag nachm. 3 Uhr: Umfahrt um Potsdam. 1 Mark.

Abfahrt Plötzensee: (Schleuse, Rest Zörner.) nachm. 2.30 Uhr.

Jeden Montag und Donnerstag } nach Tegelerort mit Rundfahrt
 Dienstag nach Jörstede mit Rundfahrt.
 Mittwoch nach Heiligensee, Dorf
 Freitag nach Sandhausen (Heiligensee)

Rückf. 8.30 Uhr. Fahrpr. hin u. zurück 50 Pf. Kinder 25.

Die Dampfer nach Waltersdorf haben Anschluß an die auf der Löcknitz verkehrenden Motorboote.

Volksgarten-Theater am Bahnhof Gesundbrunnen. Täglich: **1001 Nacht.** Riesen-Spezialitäten-Programm. Olga Verd. X Fritz Lachmann. Anfang 4 Uhr.

Berliner Prater-Theater Kastanien-Allee 7-9. Täglich: **Die Welt ein Paradies** große Ausstattungs-Revue und das großartige Spezialitäten-Programm. Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.

JOSETTI VERA CIGARETTEN

Ihr Gewicht wert in Gold, trotzdem **10 St. nur 30 Pfg.**

Josefetti

Kranken- u. Begräbniskasse der Seifensieder u. Berufsg. (G. D. Nr. 17.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Gustav Gärtner** am 14. Juni gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Mariendorf aus statt. 288/11 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 8. Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Max Werner** am 11. Juni 1908 infolge eines Unfalls verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Juni 1908, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 170, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 254/13 Der Vorstand.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Christian Bohn** (Mitglied der Bezirkskommission) am 16. Juni im Alter von 42 Jahren gestorben ist. 162/2 Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung! N.B.: Den Termin, wann die Beerdigung stattfindet, geben wir noch besonders bekannt.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider (G. H.) Todes-Anzeige. Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß das Verwaltungsmitglied **Christian Bohn** am 16. Juni im Alter von 42 Jahren gestorben ist. Ehre sein em Andenken! Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Eduard Jordan** am 13. Juni 1908 verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Rege Beteiligung erachtet 85/16 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Max Klemmer** am Sonntag, den 14. Juni, verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Rudower Straße, aus statt.

Den Kollegen zur Reminiszenz, daß unser Kollege **Peter Breicksch** verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr, vom Krankenhaus aus auf dem Friedhof in Groß-Lichterfelde, Moltkestraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht 182/9 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vannes **Franz Schultze** sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Metallarbeiter-Verbande, dem Wahlverein Rixdorf und dem Gesangsverein „Vulva“ aufrichtigen Dank. Ehe. Marie Schultze.

Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands Bezirksgruppe: Berlin-Brandenburg.

Freitag, den 19. Juni 1908, abends präzis 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 1).

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher in den Krankenkassen Groß-Berlins beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung: Die Vorgänge in den Orts-Krankenkassen der Maurer und Gärtner zu Berlin. Referenten: **Paul Rückert** und **Richard Weise**. Diskussion. 288/10* Kollegen! Die außerordentlichen Vorgänge und ein brüderliches Benehmen der Vorstände obiger Kassen gegen die Ungeheueren und deren Organisation machen es jedem Kollegen zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen. Die Vorstände obiger Kassen sind zu dieser Versammlung eingeladen. Der Vorstand.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Vannes, unseres guten Vaters, des Gärtnerelbhebers **Albert Trappe** sagen wir hiermit allen Freunden und Verwandten, insbesondere dem sozialdemokratischen Wahlverein für Rixdorf und Umgegend, dem sozialdemokratischen Wahlverein Friedrichsfelde, den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Wahlbörns, dem sozialdemokratischen Frauenverein Wahlbörns und dem Arbeiter-Verein „Freiheit“, Wahlbörns, unseren herzlichsten Dank. 289/7 Wahlbörns a./Ostbahn. Ewanda Trappe nebst Kindern.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Krankspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau — und guten Zante — sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Froh-Sinn“, den Kollegen des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Rixdorf, sowie den Genossen und Genossinnen des sozialdemokratischen Wahlvereins unseren herzlichsten Dank. **Richard Druck**, **Elsbeth Schumacher**.

Persil

das beste existierende Waschmittel, dessen enorme Wasch- und Bleichkraft das höchste Entzücken der Hausfrauen hervorruft. Weil seine wunderbare Wirkung scheinbar unerklärlich, fürchten manche Hausfrauen, daß Persil der Wäsche schädlich sei, aber viele Tausende von Hausfrauen haben sich durch fortgesetzten Gebrauch von der absoluten Unschädlichkeit dieses einzig dastehenden Waschmittels überzeugt und sind sogar zu der Einsicht gekommen, daß Persil die Wäsche schon. Überzeugen Sie sich gleichfalls!

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf** auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

Jhr Hut

muss gereinigt werden mit Hutwäsche 31452*

Feuerrad

1 Pack 25 Pf. 3 Pack 65 Pf.

Zur Renovierung bereits gefärbter Hüte in gleicher Farbe od. dunkler **1 Pack 35 Pf., 3 Pack 1 M.** **Fritz Kratz, Berlin N. 89** Reinickendorferstr. 119. In allen Drogerien, Apothek. usw.

Jedes Paar ein **MEISTERSTÜCK** Einheitspreis Mk. 12.50

SALAMANDER SCHUH-GESELLSCHAFT M. B. H.

CENTRALE: W. Friedrichstr. 182 C. Klempn. 4 SW. Friedrichstr. 221

Verlangen Sie Musterbuch. V

Pharus-Säle. N., Müllerstraße 142. — Inh.: Jul. Wernau. Täglich: Großes Instrumental-Garten-Konzert. Mittwoch: Humoristische Soiree der Viktoria-Sänger. Großes Feuerwerk und Ball. Vorzugskarten haben Gültigkeit. Anfang 7 Uhr.

In wenigen Tagen muß das Lokal der früheren Firma **Fürst & Liebner, Berlin W., Mohrenstr. 37a, 1. Etage** geräumt sein!

Der Räumungs-Ausverkauf

umfaßt **Kostüme und Mäntel, Kleider, Röcke, Jacketts, Blusen!** Original-Modelle, Reismuster und Kopien in unerschöpflicher Auswahl!

Wichtig für jede Dame, die elegante Sommer-Garderobe billig kaufen will!

Entschließen Sie sich, bitte, sofort! Die Preise bewegen sich in folgenden Grenzen:

vorher bis M. 14	bis M. 25	bis M. 40	bis M. 60	bis M. 120
heute und folgende Tage nur M. 5	nur M. 8	nur M. 16	nur M. 30	nur M. 55

Ein Posten **Kimonos**, Wert bis M. 22, jetzt für M. 5. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Einkauf v. M. 20 an einen Loden-Gabirgskragen gratis!

Im eigenen Interesse liegt die genaue Beachtung meiner Firma und Hausnummer.

Eleg. Trauer-Magazin Die Ausverkaufs-Preise gelten nur für wenige Tage und für die Vormittagsstunden, da nachmittags der Andrang zu stark ist.

Einzelne Modelle 60-70% unter regulärem Wert!

Konfektionshaus Westmann

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a, kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Straße
 und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115, kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße

Neid erwecken alle Damen, die bei Westmann kaufen!

Gustav Lindenhayn, Gastwirtschaft. Telefon: Amt Grünau Nr. 17 **Grünau, Friedrich-Str. 2.** 5 Minuten vom Bahnhof. Großer Garten. Vereinszimmer. Fremdenlogis. 26612* Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

Gstbahn-Park Am Küstrinerplatz, Rixdorferstr. 71 **Hermann Imbs.** Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

Die Abgeordnetenwahl in Berlin

Die Abgeordnetenwahl in Berlin... Der Kaiser über Verkehrsfragen...

Berliner Nachrichten.

Der Kaiser über Verkehrsfragen

In der gestrigen Sitzung der Verkehrsdeputation berichtete der Oberbürgermeister über den Verlauf des ihm am vergangenen Sonnabend vom Kaiser gewährten Empfanges...

Der Kaiser erklärte, ohne zu den einzelnen Plänen eine bestimmte Stellung zu nehmen, daß die beiderseits vorgelegten Pläne bei ihrer großen Bedeutung und Wichtigkeit einer sorgfältigen Prüfung seitens der künftigen Behörden bedürftig sind...

Bei der Erörterung des nördlichen Tunnelprojektes in der Straße Unter den Linden wies der Oberbürgermeister unter anderem auch auf die Gefahr hin, daß die alten Räume der Mittelpromenade eingehen könnten...

- I. 1. Vorbehaltlich der Genehmigung der städtischen Behörden der Straßenbahn gegenüber die Bereitwilligkeit zu erklären, nach dem vom Stadtbaurat Krause entworfenen Plänen zur Aufnahme der Nebenbahnen vor dem Brandenburger Tor...

II. Wegen eines Arrangements, durch welches in gleicher Weise eine Anlage zur Entfernung der Weise aus der Leipziger Straße ermöglicht wird, eine Kommission einzusetzen.

Ueber eine Anzahl minder wichtiger Gegenstände wurde nach den Anträgen der Referenten Baurat Krause und Stadtrat Alberti beschlossen, nachdem vorher noch Baurat Krause seine neuen Pläne eingehend erläutert hatte.

Die neue Automobilschwärze in der Schönlanke Straße, die erste der Berliner Feuerwehr, wurde am Montag nach der Bauabnahme der Feuerwehrröhren übergeben. Die neue Wache besteht aus einem dreistöckigen Vorderhaus mit einer einfachen Fassade...

Die Berliner Feuerwehr besitzt nunmehr 20 Löschzüge, die gleichmäßig auf 5 Kompanien verteilt sind. Nach Fertigstellung der neuen, bereits vom Magistrat genehmigten Feuerwache am Schillerhain wird die 4. Kompanie über 5 Züge verfügen.

Zahnärztliche Hilfe für arme Schulkinder.

Ueber die Versorgung armer Schulkinder mit zahnärztlicher Hilfe hat Dr. Lipschütz in der Berliner zahnärztlichen Halbmonatschrift einen Artikel veröffentlicht, dem wir folgende allgemeine interessierende Stellen entnehmen.

„In Interesse der Verringerung der Kariesfrequenz bei Zähnen unbemittelter Kinder sind a) die städtischen Behörden der größeren Städte zur Gründung von zahnärztlichen Anstalten anzuhalten, in welchen die Kinder der Armen vollständig unentgeltlich zahnärztliche Hilfe erhalten; b) in Krankenhäusern, in welchen bereits durch Extrahieren von Zähnen teilweise zahnärztliche Hilfe geleistet wird, diese auf die Konservierung von Zähnen auszuweiten...

Heimkehrern vor Gericht. Die Moabitier Kriminalstudenten werden demnächst das seltene Schauspiel genießen, fünf „Schwestern“ in schwarzem Anstaltsstrich vor den forensischen Schranken zu sehen. Ein erheblicher Reagenapparat ist aufgegeben. Der Zuhörerraum wird gedrängt voll sein von weiblichen Personen...

Am interessantesten gestaltete sich die Wahl im 12. Landtagswahlbezirk. Hier war tatsächlich der Ausgang am wenigsten voraussehbar. Einmal stand nicht genau fest, wieviel Wahlmänner gewählt waren und dann, welcher Partei die Gewählten angehörten.

Das Wahllokal in diesem Kreise befand sich in dem Aushank der Brauerei Pagenhofer in der Turmstraße. Ein großes Transparent im Brauereigarten richtete die Aufmerksamkeit der Wahlmänner: Wählt Dr. Runge. Unsere Genossen waren, wie sich das gehört, bis auf den letzten Mann angetreten.

In Rixdorf-Schöneberg bot die Wahlhandlung nicht weniger Interessantes, nur mit dem Unterschied, daß hier Terminwahl stattfand. Auch hier stand von vornherein die Zahl der für die einzelnen Parteien gewählten Wahlmänner nicht ganz fest.

Das Schlussergebnis finden unsere Genossen an anderer Stelle. Es ist leider nicht gegliedert, den Kreis zu holen, auf den wir Hoffnungen hatten; nahe daran waren wir. Unsere Wahlmänner waren alle antwortend, keiner fehlte, alle hielten tapfer bis zum Schluß aus.

Partei-Angelegenheiten.

Bezirk Waidmannslust. Am Freitag, den 19. d. Mts., abends 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverteilung statt. Es treffen sich die Dornsdorfer Genossen im „Forsithaus“, die Waidmannslust im „Schweizerhaus“, die Wittenauer bei A. Schulze, Hauptstraße, und die Vorligwalder bei Reuter.

Rudow. Am Sonntag, den 21. Juni, abends 6 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im Lokal von August Palm statt. Die Sammelstellen zur Landtagswahl werden in dieser Versammlung entgegengenommen.

Sonntag, den 21. d. M., früh 8 Uhr findet eine Flugblattverteilung statt.

Pankow. Da der Expeditionsposten der Pankower Zeitungs-Expedition neu zu besetzen ist, ersuchen wir diejenigen Genossen am Orte, die hierauf reflektieren, ihre Bewerbungen schriftlich bis Freitag, den 19. Juni, an Genossen Korte, Gottschalkstr. 5, zu senden. Der Vorstand. J. A.: O. Gilmann.

Brennau. Am Donnerstag, den 18. Juni, findet unser Wahlabend statt. Da dies der letzte im ersten Halbjahr ist, werden die Genossen ersucht, recht zahlreich zu erscheinen und die Wähler in Ordnung zu machen.

